



EUROPA-MAGAZIN

Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

3/2000

Dossier „Kerneuropa“

- Eine progressive grüne Vision Europas
von Mercedes Echerer, Per Gahrton, Caroline Lucas, Patricia McKenna,
Ilka Schröder, Matti Wuori, S. 1
- Der "Vertrag von Nizza", der nächste Schritt zum EU-Superstaat
von Anthony Coughlan S. 3

Interview mit Noam Chomsky Direkte Demokratie in Holland

- Buchbesprechungen S. 8
- Corruption au sein de la Commission Européenne
par Jens-Peter Bonde p. 11
- Ein Gespräch mit Noam Chomsky S. 15
- Direkte Demokratie in den Niederlanden
von Arjen Nijeboer S. 17
- Kurzinfos S. 21



edito

Die europäische Geschichte seit der französischen Revolution kann auch als die Geschichte des Kampfes der Oberschichten gegen die Demokratie gelesen werden, wobei die EU-Integration als der letzte Schachzug in dieser Auseinandersetzung zu betrachten ist. Jeder dieser Angriffe endete im Desaster (Weltkriege!). Totalitäre Angriffe sind nicht mehr in Mode und wären in einer komplexen Gesellschaft auch wirtschaftlich kontra-produktiv. Erfolgversprechender ist die schleichende Entdemokratisierung durch die fortlaufende Entmachtung der Parlamente mittels Verschiebung von Kompetenzen nach Brüssel. Dort kann man dann hinter verschlossenen Türen die wichtigen Dinge managen, während die Parlamente der

Mitgliedstaaten noch den Schein von Demokratie wahren können. So hat sich in den letzten 50 Jahren in Westeuropa wieder eine Art Kabinettsystem herausgebildet, das im Unterschied zu vorauflärerischen Zeiten zwar nicht mehr auf Erbrecht ruht, die Bürgerinnen und Bürger aber ebenso effizient von der Teilhabe an den wichtigen Entscheiden ausgrenzt. Was in nächster Zeit in der EU im Rahmen des "Nizza-Vertrages" entschieden werden soll, wird – geht es nach den Regierungen – diese Trends noch verstärken. Eine mögliche Gegenstrategie könnte in der Einführung von direkter Demokratie in allen EU-Ländern und in einem dauerhaften Einsatz für die Rückgewinnung von Kompetenzen bestehen.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 4 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organi-

siert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2000 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung.

Folgende Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag:

- EM 4/1995 Dossier «Demokratie»
- EM 1/1996 Dossier «Frieden»
- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 4/1996 Dossier «Festung Europa»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/1997 Dossier «Europa der Demokratien»
- EM 1/1998 Dossier «UNO»
- EM 2/1998 Dossier «Amsterdamer Vertrag»
- EM 3/1998 Dossier «Junge zur EU»
- EM 4/1998 Dossier «Neutralität»
- EM 1/1999 Dossier «Entwicklungspolitik»
- EM 2/1999 Dossier «Bilaterale Verträge I»
- EM 3/1999 Dossier «Bilaterale Verträge II»
- EM 4/1999 Dossier «Bilaterale Verträge III»
- EM 1/2000 Dossier «Euro-Keynesianismus»
- EM 2/2000 Dossier «Militärgesetz»

Die meisten dieser Nummern sind auch auf unserer Homepage einzusehen (<http://europa.crossnet.ch/>)



Ohne grundlegende Reformen der EU führt deren Stärkung zu negativen Auswirkungen

Eine progressive grüne Vision Europas

Joschka Fischers Vorschläge für einen europäischen Bundesstaat hatten den Vorteil, dass sie Politiker aller Couleur dazu zwangen, bezüglich grundsätzlicher Fragestellungen in Hinblick auf die Zukunft "Europas" offen Position zu beziehen. Allerdings haben wir, die Unterzeichner dieser Stellungnahme, Mitglieder der Grünen Fraktion des EU-Parlaments, einige Probleme mit seinen Ideen. Die wirklich wichtige Frage ist die folgende: Wie sollen wir den europäischen Kontinent organisieren, um den Frieden zu fördern, und wie können wir dazu beitragen, um die gegenwärtige neo-liberale Globalisierung durch einen echten, weltweiten Internationalismus zu ersetzen. Wie sollen wir als Europäer handeln, um eine sozial gerechte und ökologisch überlebensfähige Welt unter demokratischen und dezentralisierten Regierungsformen mitzuentwickeln.

von Mercedes Echerer, Österreich, Per Gahrton, Schweden, Caroline Lucas, England, Patricia McKenna, Irland, Ilka Schröder, Deutschland, Matti Wuori, Finnland, EU-Parlamentarier

Erstens scheint der Vorschlag, dass ein "Kern" von EU-Staaten einen Bundesstaat gründen sollen, ohne die Wünsche der übrigen europäischen Staaten in Betracht zu ziehen, nichts als ein Rezept für eine neue Teilung Europas zu sein – gerade im Augenblick, wo ein weiteres Dutzend europäischer Staaten eine rasche EU-Mitgliedschaft anstreben. Nur eine Minderheit der europäischen Nationen wird mit einem vollausgebauten EU-Staat vorwärts machen wollen, mit Präsident usw. Manche sind für einen solchen Schritt nicht vorbereitet, andere sind nicht willens, einen solchen zu unternehmen.

Selbst die sehr EU-freundliche französische Zeitung "Libération", die unverzüglich die Vorschläge Fischers als eine Möglichkeit begrüßte, die "Neinsager auszuschliessen" (16/5), musste eine Woche später zugeben, dass vermutlich nur sechs der gegenwärtig 15 EU-Länder bereit wären, in diese Richtung zu gehen (23/5). Und der Slowenische Präsident Milan Kucan beklagte sich bereits in einer Rede an das EU-Parlament, dass Europa in vier Klassen aufgeteilt sei. Fischers Methode würde diese Aufteilung vertiefen und verewigen. Die zentrale Frage ist: Soll die EU so umgebildet werden, dass die Ambitionen Robert Schumanns und der heutigen Bundesstaatler erfüllt werden – oder soll die EU so reformiert werden, dass ganz Europa auf gleichheitlicher Basis mitmachen kann? Wir glauben, dass die meisten Europäer die zweite Option vorziehen würden, sonst wird Europa für eine weitere Generation geteilt bleiben und selbst die gegenwärtige EU wird aufgeteilt.

Zweitens zweifeln wir daran, dass die gegenwärtige EU als politische Gegenmacht zur neo-liberalen Vormacht der transnationalen Wirtschaft handeln kann. Die EU-Verträge, die nicht leicht zu ändern sind, sind tief in einer monetaristischen Wirtschaftsphilosophie verankert. Die EU handelt in konkreten Handelsbeziehungen mit Partnern in der übrigen Welt eher wie die Weltbank oder der IMF, keineswegs jedoch als möglicher Vertreter einer neuen Weltordnung. Die EU-Forderungen in Handelsverträgen mit ost- und zentraleuropäischen Beitrittskandidaten ebenso wie mit den Dritt-Welt-Ländern sind sehr ähnlich wie die in Verträgen des übrigen reichen Nordens: Marktzugang, Investitionsschutz, Deregulierung,

Privatisierung, usw. ohne soziale und ökologische Rücksichten. Die EU handelte an der WTO-Konferenz in Seattle den Armen der Welt gegenüber nicht wirklich anders als die USA. Obwohl wir als EU-Parlamentarier aktiv dafür arbeiten, dass die EU-Politik möglichst stark mit grünen und internationalistischen Werten übereinstimmt, sind wir überzeugt, dass die EU nur dann zu einem Mittel für solche Ziele werden kann, wenn sehr tiefgreifende Veränderungen der gesamten Organisation sowie der Regeln und der Kriterien der Währungsunion erfolgen. Deshalb führt eine unbesehene Stärkung der EU-Strukturen heute vermutlich zu – von grüner und internationalistischer Warte betrachtet – kontraproduktiven Entwicklungen.

Drittens sind wir nicht sicher, dass ein starker und bewaffneter europäischer Bundesstaat heute zum Weltfrieden beitragen würde, selbst wenn dies der ehrliche Ehrgeiz Joschka Fischers wäre. Wir sind nicht überzeugt, dass die gegenwärtig schnelle Militarisierung der EU zum ersten Beispiel der Geschichte für eine gewichtige Weltmacht wird, die in anderen Ländern nur militärisch interveniert, um hohe Ideale und humanitäre Werte zu schützen.



In der Tat hielten Dokumente des EU-Gipfels von Lissabon fest, dass der Bereich bewaffneter EU-Interventionen die ganze Welt umfassen könne (Anhang 4, "Elaboration of the headline goal") und andere Dokumente, die von der dänischen Tageszeitung *Berlingske Tidende* ausgegraben wurde, halten fest, dass die Reichweite militärischer Kräfte gegeben sei durch die "Verteidigung Europäischer Interessen", einschliesslich ökonomischer und territorialer Interessen (12/5). Da die heutigen Regierenden in der EU offensichtlich keine Absicht haben, die aufkommende EU-Militärmacht vollständig der UNO-Politik unterzuordnen, befürchten wir ein deutliches Risiko für das Hereinbrechen einer Welt von konkurrierenden "Krisenmanagern" wie den US, der EU, Russland, China etc. – eine Situation, die in einer globalen Konfrontation ausmünden könnte.

Wir denken, dass die EU zum Weltfrieden vor allem mit gewaltlosen, zivilen Mitteln beitragen sollte (einschliesslich eines europäischen zivilen Friedenskorps, wie es dem EU-Rat durch das EU-Parlament auf Vorschlag der Grünen unterbreitet wurde). Wenn eine militärische Intervention als unverzichtbar erscheint, muss sie im Rahmen der UNO erfolgen und im Respekt der UNO-Charta. Das Endziel muss darin bestehen, dass die UNO oder – bezüglich Europa – die OSCE, die Aufgabe übernimmt, notfalls als eine Art "internationaler Polizei" zu wirken, da, wie der *Le Monde* bemerkte, die Motivation der NATO oder anderer Länder oder Allianzen "selbst wenn sie im Rahmen der UNO handeln, nicht genau dieselbe ist als wenn die gesamte UNO handelt" (24/5).

Nebenbei bemerkt zeigte eine Meinungsumfrage im letzten Jahr (Eurobarometer), dass die Unterstützung einer gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik durch die EU-Bevölkerung nach dem Kosovo-Krieg sank – dies in allen Ländern ausser Italien, Belgien und Portugal. Dies zeigt, dass der übliche Bezug mancher EU-Politiker auf einen angeblichen Wunsch der Bevölkerungen nach einer militärisch starken EU keine starke Basis in der Wirklichkeit hat.

Wir sind nicht erstaunt, progressive, linksgesinnte, grüne Politiker und Intellektuelle anzutreffen, die nach europäischen

Aktionen rufen, um der neo-liberalen Globalisierung zu begegnen und eine demokratische Gegenmacht aufzubauen, um die groben und anarchischen Regeln des internationalen Kapitalismus in Griff zu bekommen. Wir sind hingegen erstaunt, wenn wir feststellen müssen, dass manche dieser Freunde ihre Träume mit der Realität vermischen und postulieren, dass die EU problemlos umgewandelt werden könne, so dass diese nicht mehr Teil des Problems sondern Teil seiner Lösung werde – dies ohne tiefgreifende Änderungen am Maastrichter und Amsterdamer Vertrag und der ganzen "euro-zentrischen" Denkweise, die so stark in den führenden Kreisen aller EU-Institutionen verankert ist.

Wir glauben, das Beste für die EU wäre ein völliger Neubeginn bei einer demokratischen Teilnahme ganz Europas. Dies würde etwas anderes bedeuten als fortgesetzte Regierungskonferenzen, aber auch etwas ganz anderes als die Gründung eines Bundesstaates durch einige Kernländer.

Ein sehr positiver Aspekt der Vorschläge Joschka Fischers besteht darin, dass er den schrittweisen, intransparenten Prozess der Regierungskonferenzen – die Monnet Methode – durch einen wirklichen "Verfassungsprozess" ersetzen will. Aber wie kann ein Verfassungsprozess echt sein, wenn das Endresultat bereits vorentschieden ist durch ein *fait accompli*, das von einer politischen Elite durchgezogen wurde? Warum will man es nicht wagen, das Volk über die Gestalt Europas des 21. Jahrhunderts entscheiden zu lassen. Wieso startet man nicht eine Pan-Europäische Grundsatzdebatte, um die optimalen demokratischen Strukturen zu finden, die stark genug sind, um die echten gemeinsamen Problemen zu lösen, aber auch so dezentral, dass die Menschen das Gefühl haben, am politischen Prozess teilhaben zu können. Ein solches Europa muss auch genügend multipolar sein, um das Risiko zu vermeiden, dass die Struktur durch Machtpolitiker für "euro-nationalistische" Supermacht-Spiele und militaristische Abenteuer missbraucht werden kann. ■



Eine erste Sichtung seiner zentralen Elemente.

Der "Vertrag von Nizza", der nächste Schritt zum EU-Superstaat

"Es ist nur natürlich, dass der östliche Teil des Kontinentes uns für die nächsten Jahre beschäftigen wird, da die Deutschen dies als ihre historische Aufgabe betrachten. Die höchste Priorität besteht im Versuch, ganz Europa zu integrieren. Während es für Frankreich vor allem darum geht, mit seinem Einflussverlust in der Welt zu Rande zu kommen" Immo Stabreit, früherer deutscher Botschafter in Paris, International Herald Tribune, 11-12 September 1999

Von Anthony Coughlan*

Die Strategie der kleinen Schritte

Alles fing mit dem Vertrag von Rom (1957) an, der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – einen gemeinsamen Markt – mit einem hoch geschützten Agrarsystem verband. Dann wurde für 30 Jahre kein neuer Vertrag abgeschlossen. Daraufhin kamen vier neue Verträge in genau 10 Jahren, ein qualitativer politischer Quantensprung, der das, was ursprünglich eine wirtschaftliche Freihandelszone war, hin zu einem embryonalen Weltmachtstaat veränderte. Die Europäische Einheitsakte 1987, Maastricht 1992, Amsterdam 1998 und nun der "Vertrag von Nizza", der im Dezember 2000 reif für die Unterschrift sein soll. Auf diesen Vertrag wird, wie bereits von Frankreichs Chirac und Deutschlands Schröder und Fischer angekündigt, der endgültige Vertrag folgen, der das föderative Gebilde krönen soll. Eine europäische Verfassung für den EU-Superstaat.

Das bürokratische, institutionelle Monster, das die EU bis heute wurde, bedroht die grundlegenden demokratischen Rechte beinahe jedermanns auf unserem Kontinent. Die EU beinhaltet die Zerstörung der Demokratie beinahe aller, seit langem etablierten Staaten Europas. Sie repräsentiert die Auflösung des demokratischen Erbes der französischen Revolution, insbesondere das Recht der Nationen und Völker auf Selbstbestimmung. Dieses berühmte Recht ist nunmehr als grundlegendes Prinzip des internationalen Rechts in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt. Nationale Unabhängigkeit und demokratische Selbstbestimmung stehen jedoch im Gegensatz zum System des Finanzfeudalismus und der supranationalen Bürokratie, wie es die EU darstellt.

Denn die EU ist ein Europa ohne Demokratie, im Dienste riesiger transnationaler Unternehmungen und supranationaler Technokraten. Seine Ideologen sind die sozialwissenschaftlichen und mediokratischen Eliten auf nationaler und EU-Ebene. Deren demokratischen und humanen Instinkte haben sich angesichts der Macht in Pudding aufgelöst. Die Völker Euro-

*Anthony Coughlan ist Professor für Sozialpolitik am Trinity College in Dublin, Irland. Er ist Vorstandsmitglied der European Anti-Maastricht Alliance (TEAM) und Sekretär der EU-kritischen "National Platform" in Irland. Die National Platform versucht, Demokraten und Internationalisten zur politischen Linken und Rechten zu organisieren, soweit diese gegen die EU-Integration und die Bildung eines EU-Superstaates sind.

pas hätten nie zur gegenwärtigen EU-Konstruktion Ja gesagt, wenn sie im Voraus gewusst hätten, wo das ganze hinführen sollte – zu einer Art Euro-Superstaat, in dem ihre Demokratien aufgelöst würden. Die Administratoren und die Ideologen, welche den EU-Integrationsprozess glühend verfechten, waren immer vorsichtig in Bezug auf eine klare Offenlegung ihrer Ziele.

Diese Leute sind Meister der Strategie der kleinen Schritte. Lasst uns zuerst die Kohlen- und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands gemeinsam verwalten, um einen nächsten europäischen Krieg zu verunmöglichen. Um vollen Nutzen aus dem integrierten Kohlen- und Stahlmarkt zu ziehen, brauchen wir einen gemeinsamen Markt. Um vollen Nutzen aus dem Römer Vertrag zu ziehen, brauchen wir einen einzigen Binnenmarkt, mit auf breiter Ebene harmonisierter Regeln für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit. Dies führte zum Vertrag mit dem merkwürdigen Titel "Europäische Einheitsakte". Um vollen Nutzen aus dem Binnenmarkt zu ziehen, brauchen wir eine Einheitswährung. Das war Maastricht. Um vollen Nutzen aus der Euro-Währung zu ziehen, brauchen wir eine Union mit einer juristischen Person, mit einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik und einer EU-Armee, die den Willen der Union ausserhalb der EU-Grenzen durchsetzen kann.

Die politische Union ist nötig, um vollen Nutzen aus der Wirtschafts- und Währungsunion zu ziehen. Dies wurde teilweise im Amsterdamer Vertrag erreicht. Nun brauchen wir den



"Vertrag von Nizza", um Ost- und Südeuropa einzubinden und um diese Staaten auch formal unter die gemeinsame Hegemonie Deutschlands und Frankreichs zu bringen. Und schon sprechen die Politiker vom nächsten Vertrag – nach dem "Vertrag von Nizza". Dies soll der Vertrag werden, der eine formale Verfassung für den neuen EU-Staat einführt, um die dauerhafte deutsch-französische Herrschaft im Rahmen eines hochzentralisierten Quasi-Bundesstaates EU abzusegnen: ein modernes karolingisches Reich, als dessen Bürger sich die Leute plötzlich wiederfinden werden, ohne je voll realisiert zu haben, wie sie dorthin gekommen sind.

Angriffe auf die Demokratie lösen selbstverständlich Reaktionen hervor. In ganz Europa realisieren die Leute allmählich, was ihnen an Demokratie und Unabhängigkeit geraubt wurde und dass sie eigentlich nichts mehr zu sagen haben. Alle wichtigen Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen in Brüssel und Frankfurt getroffen – und in den Chefetagen der EU-Multis. So wie die Menschen den Wert der Gesundheit erst bemerken, wenn sie krank sind, realisieren sie den Wert der Demokratie nur, wenn sie diese verloren haben. Dann wird der Kampf, um sie wieder zu erlangen, lang und hart werden. Es ist zweifellos so, dass eine starke Reaktion gegen die EU nun über Europa hinweg wächst. Das nächste Schlachtfeld für die Demokratie wird der "Vertrag von Nizza" sein. Der "Vertrag von Nizza" wird sechs Hauptthemen zu regeln versuchen:

EU-Erweiterung - Neugewichtung der Stimmen

Die Mächtigen in der EU sorgen sich vorerst um ihr Gewicht angesichts einer möglichen EU-Erweiterung auf 18, 20, 25, ja vielleicht sogar 30 Staaten – sofern all jene Beitrittskandidaten aufgenommen werden, deren Regierungen, in Verzweiflung ob ihrer Unfähigkeit, richtige, unabhängige Demokratien aufzubauen, EU-Beitrittsgesuche hinterlegt haben, wohl um der Verantwortlichkeit gegenüber ihren Wählern zu entgehen. Die politischen Eliten der Beitrittskandidaten träumen davon, innerhalb der EU bei den Regierungsgeschäften mitmachen zu können, statt sich mit den schwierigen Problemen ihrer eigenen Länder herumschlagen zu müssen.

Eine nette Illusion fürwahr, denn Deutschland und Frankreich, welche die gegenwärtige EU dominieren, haben nicht die geringste Absicht, einer Schar von kleinen und armen

Ländern Ost- und Südeuropas zu erlauben, sie zu überstimmen und die Politik auf der Grundlage formeller EU-Gleichheit zu bestimmen. Das Thema ist für die deutsch-französische Politik im Rahmen des "Nizza-Vertrages" zentral. Die Machtbeziehungen kristallisieren sich um das Thema der Stimmengewichtung in den Ministerräten, welche die Legislative der EU darstellen.

In den Ministerräten erlassen nationale Politiker, die in ihren eigenen Ländern Mitglieder der Exekutive sind und die einer gewählten Mehrheit in ihren nationalen Parlamenten verantwortlich sind, EU-Gesetze und Erlasse – hinter verschlossener Tür. Dies für 15 Länder, und sie sind niemandem als Kollektiv verantwortlich. Gegenüber der länger werdenden Schlange von EU-Beitrittskandidaten vertreten Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien – die bevölkerungsstärksten Staaten – die Meinung, ihre grossen Bevölkerungen rechtfertigten eine stärkere Gewichtung ihrer Stimmen. Sie betonen, künftig könne nichts mehr beschlossen werden, ohne dass die Staaten, welche die Mehrheit der 300 Millionen Einwohner der Union repräsentieren, damit einverstanden sind. Wenn die grösseren Staaten etwas wollten, dürfen sie nicht durch bevölkerungsmässige Zwerge blockiert werden. Vorschläge für deutsch-französische Sperrminoritäten, die durch die Bevölkerungsgrösse gerechtfertigt werden, schaffen selbst bei langjährigen Mitgliedern wie den Benelux-Staaten und Irland Ängste.

Dieses zentrale Thema der Nizza-Verhandlungen wird vermutlich erst in letzter Minute entschieden werden. Wenn es nicht bis in den Dezember beigelegt wird, wird es keinen Nizza-Vertrag geben und man wird statt dessen von einem Stockholmer oder Goeteborger Vertrag sprechen, da Schweden im Januar die EU-Präsidentschaft übernehmen wird. Deshalb sollte man vorläufig "Vertrag von Nizza" in Anführung setzen.

Vermutlich werden die meisten ost-europäischen Beitrittskandidaten für viele Jahre vor der Tür gelassen. Deutschland, Frankreich und die übrigen EU-Staaten haben eine ziemlich ambivalente Haltung gegenüber der Erweiterung, obwohl sie diese öffentlich befürworten. Die EU möchte die Beitrittskandidaten dabei haben, ohne sie dabei zu haben. In einem gewissen Sinne haben die Westeuropäer die Ost- und Südeuropäer gegenwärtig in einer idealen Position. Die Regierungen der Beitrittskandidaten haben sich selber in die Position der pathetischen Bittsteller manövriert. Sie haben der weitgehenden Aufgabe der Demokratie im Prinzip zugestimmt, um der EU beitreten zu können, während sie vermutlich für lange Jahre ohne jeglichen Einfluss auf die EU-Politik dastehen. Sie sind durch diese Politik wegen des Beitrittskurses betroffen und doch zum Warten verdonnert. Sie sind betört durch die Phantasievorstellung, Europa neben Deutschland und Frankreich mitgestalten zu können.

Die Regierungseliten der Beitrittskandidaten vergeuden ihre Zeit damit, die 20'000 EU-Gesetze und -Verordnungen in ihre Gesetzgebung (ca. 100'000 Seiten juristischer Texte) umzusetzen, ohne dass sie das Recht hätten, daran ein Jota zu ändern. Zugleich sind sie prinzipiell einverstanden, ihre eigenen Währungen aufzugeben, selbst wenn diese in vielen Fällen nicht



mehr als 10 Jahre alt sind. Die nationalen Eliten der Beitrittskandidaten wälzen sich in Rhetorik bezüglich "Europäischer Werte" (Auschwitz, zwei Weltkriege, Kolonialismus?) während ihre Bevölkerungen jeden Tag mehr enttäuscht darüber sind, bis zu welchem Grad ihre Regierungen ihre Demokratie und Unabhängigkeit aufgeben wollen. Es wäre für einen politischen Realisten töricht, angesichts dieser Fakten zu erwarten, die gegenwärtige EU der 15 Staaten würde sich auf 18, ja gar auf 20, 25 oder 30 Staaten erweitern.

"Flexibilität" - hin zu einer Zwei-Drittel-EU

Wenn Deutschland und Frankreich wünschen, Ost- und Südeuropa mittels der EU zu beherrschen, ohne das Risiko eingehen zu müssen, eine Schar kleiner und ärmerer Beitrittskandidaten als formal Gleichberechtigte in den Ministerrat aufnehmen zu müssen, gibt es dazu keinen besseren Weg als den einer Kerngruppe. Sie können so eine Art föderalen Superstaat unter sich gründen, mit einer eigenen Verfassung, Parlament, Währung und Armee. Diese Kerngruppe kann dann ständig die übrigen mit vollendeten Tatsachen konfrontieren und sie effizient politisch und wirtschaftlich beherrschen.

Dies ist der Hintergrund der neulichen Chirac-Fischer-Schröder Forderungen nach einer EU-Verfassung. In Joschka Fischer's berühmter-berühmten Rede von Mai 2000 verlangte der deutsche Aussenminister "den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation, die Robert Schuman bereits vor 50 Jahren gefordert hat. Und d.h. nichts geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben. Diese Föderation wird sich auf einen Verfassungsvertrag zu gründen haben". Die deutsch-französischen Politiker unterscheiden sich im Tonfall, ihr gemeinsames Thema ist jedoch die ständige Bezugnahme auf das, was sie variantenreich als "Avant-Garde", "Pionier-Gruppe", "Koalition der Willigen", "Kerngruppe" usw. beschreiben. Dies ist die Zwei-Drittel-Formel, mit Deutschland, Frankreich und ein paar weiteren Staaten im obersten Drittel. Dieser embryonale EU-Superstaat muss, wie alle Staaten, eine Verfassung haben.

Die zwei wesentlichen Attribute eines Staates sind die Armee und die Währung, das Monopol auf legale Gewaltanwendung über ein Territorium und das Monopol, die legalen Träger einer Währung herauszugeben. Das erste Monopol ist für das zweite wesentlich. Alle Staaten haben ihre eigene Währung und alle Währungen gehören zu Staaten. Die EU erhielt ihre eigene Währung mit dem Euro. Dadurch machte sie einen grossen Schritt hin zum souveränen Staat. Im Jahre 2003 wird sie ihre eigene Armee haben: "Schnelleingreiftruppen" mit 60'000 Mann, unterstützt durch eine Hilfskraft von 150'000 weiteren Soldaten, die in Kriegen ausserhalb der EU-Grenzen eingreifen sollen, mit oder ohne Mandat der UNO. Wenn solche riesigen Schritte innerhalb weniger Jahre vorgenommen werden, sollte der Entwurf und die Durchsetzung einer Europäischen Verfassung nicht ein allzu grosses Problem darstellen.

Das grundlegende legale Hindernis für eine Zwei-Drittel-EU besteht darin, dass der Amsterdamer Vertrag die Zustimmung aller anderen verlangt, wenn einige EU-Staaten die Integration weiter vorantreiben wollen. Und nicht alle EU-Mitgliedstaaten sind darüber glücklich, sich später jeweils fertigen Tatsachen gegenüber zu sehen, die durch die "Avant-Garde" entschieden wurden. Deshalb besteht ein hauptsächliches Anliegen der Regierungskonferenz darin, die Einstimmigkeitsregeln des Amsterdamer Vertrages in diesen Fragen formal aufzuheben. Dann wäre die "Avant-Garde" rechtlich ermächtigt, alleine die Integration voranzutreiben. Im EU-Jargon wird dies "Flexibilität" genannt. "Flexibilität" tönt ungefährlich. In der Tat wird dadurch jedoch der Weg für eine Zwei-Drittel-EU eröffnet, die durch den deutsch-französischen inneren Kern dominiert wird. "Flexibilität" ist ein Schwungrad für mehr Integration, das es Staaten, die den Bundesstaat wollen, erlaubt, das Terrain vorzubereiten und später die weniger willigen zu zwingen, nachzuziehen. Es ist der gesetzlich-politische Weg hin zum EU-Superstaat und bedeutet, dass manche Mitgliedstaaten formell darauf verzichten, in wichtigen politischen Bereichen wie die anderen behandelt zu werden. Ob die weniger integrationsfreudigen Länder hier nachgeben oder nicht – es ist ein wesentlicher Punkt des "Vertrages von Nizza".

Neuverteilung der EU-Kommissionssitze

Gegenwärtig ernennen die grossen EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Grossbritannien zwei Vertreter in die EU-Kommission, während kleinere Staaten einen ernennen. In den gegenwärtigen Verhandlungen haben die grossen Staaten eingewilligt, ihr Recht auf zwei Kommissare aufzugeben, um die kleineren dazu zu bringen, bei den Stimmengewichten im Ministerrat nachzugeben. Dies würde den Einfluss der kleineren für immer schwächen. Wenn die grösseren Staaten sich damit durchsetzen, wäre dies ein absurd ungleicher Tausch. Stimmengewichte im Ministerrat bringen dauerhaften Einfluss auf die EU-Politik und die EU-Gesetzgebung, denn es ist der Ministerrat, nicht das EU-Parlament, der die EU-Gesetze erlässt. Charles De Gaulle charakterisierte einmal die Brüsseler Kommission als "einen Areopag von Technokraten ohne Land, niemandem verantwortlich".



EU-Kommissionsstellen sind sicher begehrenswert für Regierungen, da sie diese dazu einsetzen können, um nationale Politiker auf dem innenpolitischen Abstellgleis zufriedenzustellen zu können. Sobald ein Kommissar bestellt ist, ist er aber keineswegs mehr als nationaler Vertreter oder Delegierter zu betrachten. Bei der Übernahme des Amtes müssen Kommissare schwören, dass sie die EU über alle nationalen Rücksichten stellen. In kleinen Ländern, besonders in denen mit einer klientelistischen Kultur und kleinbürgerlichen Zivilgesellschaften, wird die Existenz eines Griechen, eines Portugiesen oder eines Irin in der EU-Kommission in breiten Schichten als nationale Errungenschaft betrachtet – Symbol für die eigene Rolle eines Big Players auf der EU-Bühne. Die Geschäftigkeit des nationalen Kommissars wird in den nationalen Medien mit Bewunderung geschildert. Irlands Aussenminister Brian Cowen sagte neulich, das Hauptziel seiner Regierung im Rahmen der Verhandlungen des "Vertrages von Nizza" bestehe darin, den Kommissionssitz Irlands zu sichern. Bestimmt würden Slovenien, die Tschechei, Estland und die übrigen eine ähnliche Klein-Länder-Naivität an den Tag legen, wenn sie je der EU beitreten sollten.

Deshalb wird ein Kommissar für jeden Staat das wahrscheinlichste Ergebnis der Nizza-Verhandlungen sein, selbst wenn dies im Falle einer Erweiterung eine Kommission von 20, 25 oder 30 Personen bedeuten würde. Andere Formeln, die erwähnt werden, sehen eine Kommission von z.B. 15 Mitgliedern vor, die unter den Mitgliedstaaten rotieren. Oder Staaten, die als Gruppen den Kommissar stellen. Vorgeschlagen wurde auch eine Hierarchie von Kommissaren, wobei die grossen Staaten Kommissare für wichtigere Bereiche ernennen dürften. Objektiv handelt es sich um eine Angelegenheit minderer Wichtigkeit – ausser der Tatsache, dass es der einzige Punkt ist, der bisher in der griechischen, portugiesischen oder irischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. In diesen Ländern sind die Personen, die Top-Euro-Jobs ergattern, tendenziell Objekt besessenen Interesses der klatschenden Bevölkerungsschichten.

Mehr Mehrheitsabstimmungen . . Abbau des Vetorechts

Jeder bisheriger EG/EU Vertrag hat den Bereich der Politikfelder, die hinter verschlossener Tür durch qualifizierte Mehrheiten im Ministerrat entschieden werden, ausgeweitet. Die Minister lieben das. Dies verwandelt sie von nationalen Exekutivmitgliedern, die den Parlamenten gegenüber verantwortlich sind, und wo sie ständig für die Unterstützung durch die Mehrheit kämpfen müssen, in nicht-gewählte Gesetzgeber über eine 300-Millionen-EU. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass ihnen diese Macht in den Kopf steigt – dies gilt besonders für die Minister kleiner Länder. Je mehr Entscheidungen dem Bereiche der qualifizierten Mehrheit im EU-Ministerrat unterliegen, desto weniger Kontrolle haben die Parlamente und die Bürger der EU-Länder in diesen Bereichen.

Die einzige Möglichkeit, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, besteht in einer Einflussnahme auf die eigenen Minister. Diese können jedoch im Rat überstimmt werden. Dies bedeutet, dass der Staat, die Regierung, das Parlament und

die Bürger eines bestimmten Landes Gesetze befolgen müssen, die von anderen entschieden wurde, obwohl sie völlig dagegen waren und dagegen stimmten.

Die gegenwärtige französische Präsidentschaft hat eine Liste von 43 Politik-Bereichen zusammengestellt, für die sie Mehrheitsabstimmungen vorschlägt und die im Vertrag von Nizza einzuführen wären. Die Vorschläge umfassen die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, Warensteuern, Kopfsteuern und Umweltsteuern. Auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit will Paris Brüssel über Gesetze bezüglich Arbeitslosenversicherung bestimmen lassen. Bezüglich der Ausweitung des Mehrheitsstimmrechts und der entsprechenden Einschränkung der nationalen Kompetenzen formieren sich je nach Politikbereich verschiedene Koalitionen. Steuerrecht und internationale Beziehungen sind besonders empfindliche Bereiche. Die Verhandlungen bezüglich mancher dieser Themen werden bis zur letzten Minute andauern. Erst wenn der endgültige Text des "Vertrages von Nizza" erhältlich ist, werden die Bürgerinnen und Bürger der EU-Länder erfahren, welche weiteren Bereiche, die sie bisher demokratisch kontrollieren, ihrem Einfluss entglitten sind.

Weitere Militarisierung der EU

Titel 5 (Artikel 11 ff.) des Amsterdamer Vertrages von 1998 verpflichtet die EU zu einer "schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik", wobei dem Europäischen Rat (= Ministerpräsidentenrat) die entsprechenden Kompetenzen zugestanden wurden" Und seither ist dieser denn auch in diesem Sinne aktiv geworden. Da soll bis 2003 eine EU-Schnelleingreiftruppe von 60'000 Mann entstehen. Jeder EU-Mitgliedstaat soll anlässlich einer Konferenz, die im November 2000 stattfindet, angeben, welche Kräfte und welche Ausrüstungen er in diese Schnelleingreiftruppe integrieren will. Es existiert nun ein Politisches Sicherheitskomitee der EU, ein EU-Militärkomitee und zunehmend grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Armeen und der Waffenindustrien. Der Amsterdamer Vertrag verpflichtet die EU auch zu engeren institutionellen Beziehungen mit der Westeuropäischen Union (WEU), dem nuklearen, europäischen Arm der NATO, "im Hinblick auf die Möglichkeit einer Integration der WEU in die Union, falls der europäische Rat dies beschliesst" (Art. 17 1). Auch hier sollen Fakten entstehen. Die EU wird in Kürze das WEU-Satelliten-Zentrum in Spanien sowie deren Institut für Sicherheitsstudien in Paris übernehmen. Eine EU-Streitkraft von 5000 Polizei Offizieren ist geplant, die in die "friedenserhaltenden" Operationen der EU integriert werden soll. 1000 sollen unmittelbar einsatzfähig sein.

Die Mitgliedschaft in der WEU bedingt eine gegenseitige Beistandspflicht, wie's auch im Falle der NATO der Fall ist. Ein Vorschlag, der in den Nizza-Verhandlungen diskutiert wird, ist die formelle Verschmelzung von EU und WEU – versehen mit einem Protokoll, dass es den sogenannten Neutralen – Irland, Finnland, Schweden und Österreich erlaubt, die Beistandspflicht von Fall zu Fall anzuerkennen. Die Neutralität der vier "Neutralen" bestünde damit nur mehr darin, entscheiden zu können, ob sie in den Krieg ziehen wollen, um Frankreich, Deutschland und Grossbritannien zu verteidigen,



wenn jemand diese Länder angreifen sollte. Zugleich sind sie jedoch bereit, sich diesen Ländern anzuschliessen, wenn sie andere angreifen sollten! Ein solcher Angriff wäre natürlich Teil eines "friedensschaffenden" Eingriffs (peace-making) der EU, wie er in den sogenannten "Petersberger Aufgaben" als Aufgabe der Aussen- und Sicherheitspolitik der EU festgehalten wurde. Der Kosovo-Krieg wird als paradigmatisch dafür angesehen – besonders für die Verwendung von NATO-Ressourcen in militärischen Operationen, die durch die EU geleitet werden.

Charte der Menschenrechte

Der EU-Nizza-Gipfel vom Dezember 2000 wird wahrscheinlich eine Schlacht bezüglich der Einverleibung einer Charta der fundamentale Rechte in den neuen Vertrag vorführen. Sollte eine solche Charta eingeführt werden, würde diese die Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger legal binden. Der EU-Gerichtshof in Luxemburg wäre der letzte Schiedsrichter bezüglich der Menschenrechte für 300 Millionen Europäer. Eine gesetzlich bindende Charta im EU-Gesetz würde in Menschenrechtsfragen den EU-Gerichtshof über die nationalen obersten Gerichtshöfe und Verfassungen heben – und auch über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, dessen Gerichtsbarkeit sich alle 50 europäischen Staaten, innerhalb und ausserhalb der EU, gegenwärtig unterstellen.

Der EU-Gerichtshof wurde von einem seiner Richter als "Gericht mit einer Mission" charakterisiert. Diese Mission besteht darin, die Macht der EU zu erweitern und deren legislative und gerichtliche Kompetenz soweit als möglich zu Lasten der Mitgliedstaaten auszuweiten. Das ist, was der EU-Gerichtshof über die Jahre bei der Auslegung der Verträge in vielen Urteilen vorexerzierte. Die Endkontrolle über die Menschenrechte würde eine weitgehende Ausweitung der Macht des EU-Gerichtshofes bedeuten. Menschenrechte erstrecken sich über beinahe alle Bereiche des menschlichen Lebens, zum Beispiel das Recht auf Versammlungsfreiheit, Eigentumsfreiheit, Religionsfreiheit, Familienleben, Heirat, Kinder, Erbrecht, Drogen, usw.

Während es einen verbreiteten Konsens darüber gibt, was den Kern der Menschenrechte ausmacht, gibt es keine solche Übereinstimmung in gewissen hoch sensiblen Bereichen. Jedermann ist damit einverstanden, dass es ein Recht auf Leben gibt. Wann beginnt aber das Leben und wann hört es auf? Die Menschen widersprechen sich heftig bezüglich Abtreibung und Euthanasie, beides Sachverhalte, die mit dem Anfang und dem Ende des Lebens zu tun haben. Soll eine letzte Entscheidung solcher Fragen für 300 Millionen Europäer in Luxemburg bei jenem Gerichtshof der EU liegen, der "eine Mission zu erfüllen hat"? Zudem gibt es Befürchtungen, dass im Falle eines Transfers von weitgehenden Kompetenzen bezüglich der Menschenrechte juristische Unvereinbarkeiten mit dem Strassburger Gerichtshof für Menschenrechte entstehen könnten.

Letztes Jahr berief die EU eine Versammlung von Vertretern der einzelnen Regierung und Parlamente ein, um einen Entwurf dieser Charta der Grundrechte aufzustellen. Die Vertreter betrachteten sich ehrgeizig als die Verfasser eines Hauptelementes einer EU-Staatsverfassung und beschlossen prompt, sich "Konvent" zu nennen. Sie stellten sich damit in die Tradition jener "Konvente", die in der Geschichte nationale Verfassungen ausarbeiteten. Die Charta fundamentaler Rechte soll angeblich die EU dem Bürger näher bringen. Führende EU-Sprecher geben jedoch freimütig zu, dass die Charta der Embryo einer EU-Verfassung darstelle, die anlässlich der Nizza-Regierungskonferenz ausgearbeitet wird.

Menschenrechtsartikel stellen die zentralen Punkte einer nationalen Verfassung dar. Deshalb werden sie auch als zentral für die EU-Staatsverfassung betrachtet. Die italienische Regierung erklärte der Regierungskonferenz gegenüber formell, der Vertrag von Nizza sei bedeutungsvoll als "Basis für einen Verfassungsprozess, der darauf zielt, die Union den Bürgern näher zu bringen" und dass ein erster diesbezüglicher Schritt darin bestehe, "die Charta in die Verträge als Protokoll zu integrieren, das der Kern einer künftigen Europäischen Verfassung werden solle".

Ein Vorschlag in den gegenwärtigen Nizza-Verhandlungen beinhaltet, dass die zivilen, gerichtlichen und sozialen Rechte, die im Entwurf der Charta festgehalten werden sollen, mit der existierenden EU-Gesetzgebung kompatibel zu sein hätten. Jene die die Charta als Embryo einer EU-Verfassung sehen, hoffen, dadurch die Angst jener Staaten zu beschwichtigen, die den Missbrauch der Charta für eine Ausweitung der Macht der EU befürchten. Zugleich könnte der EU-Gerichtshof trotzdem die Gerichtsbarkeit über Menschenrechte erlangen. Gerichtsurteile statt expliziter Vertragsbestimmungen könnten dann verwendet werden, um die Kompetenzen der EU auszuweiten. Der EU-Gerichtshof würde dann der oberste Gerichtshof im weiten Feld der Menschenrechte darstellen. Dies würde es ihm erlauben, in das alltägliche Leben eines jeden EU-Bewohners einzugreifen. Das wesentliche Prinzip der EU-Verträge besagt nämlich, dass die EU-Gesetze im Konfliktfall Vorrang über andere Gesetze haben.

Es ist wahrscheinlich, dass weitere Inhalte durch den Vertrag von Nizza behandelt werden – dies scheinen jedoch die wichtigsten zu sein. ■



Buchbesprechungen



Mehr Demokratie: Ohne Bürger geht dat nich!

Im Büchlein nehmen Mitstreiter der Kampagne für "mehr Demokratie in Hamburg" einen persönlich gefärbten Rückblick auf das Volksbegehren zur Einführung von direkter Demokratie in Hamburg vor. Nach der Lektüre ist man etwas beschämt: was hier in der Schweiz selbstverständlich ist und in den Augen vieler Leute deshalb an Wert verloren hat, muss in Hamburg unter Einsatz von quasi unbezahlter Vollzeitarbeit und bei übelstem Hamburger Wetter erst mühsam – gegen die fiesen Tricks der politischen Behörden, die etwa die Abstimmungsvorlage bewusst irreführend formulierten – erstritten werden.

Bei der Rekrutierung von Aktivisten oder bei der Sammlung von Unterschriften ergaben sich offensichtlich häufig dieselben Diskussionen. Befürchtet wurde bei uneingeschränkter Abstimmungsberechtigung der Bürgerinnen und Bürger die Beseitigung der Fixerstuben, eine Antihaltung gegen alle Neuerungen, vor allem bei Bauvorhaben, bis zur Wiedereinführung der Todesstrafe, sofern dies bei bundesweiter Abstimmung möglich wäre. "Erst als der real abstimmungsrechte Mitbürger kein Monster mehr war, machte es Sinn, über die Rahmenregelungen eines demokratiefördernden Volksentscheids zu sprechen" (S 20).

Die triste Einstellung der SPD Hamburg kommt klar zum Ausdruck: Der SPD-Landesvorsitzende Jörg Kubbier meinte am Fernsehen: "Wir haben alles getan, damit der Volksentscheid nicht zum Erfolg kommt" (S. 21). Oder jene Journalistin von der TAZ, die eine Berufskollegin und Aktivistin bei "Mehr Demokratie" anfauchte, als diese bei einer Pressekonferenz demokratiefreundliche Fragen stellte "Die hat doch schon vor ein paar Tagen bei der Landespressekonferenz gestört. Jetzt stiehlt sie uns, die wir aktuell arbeiten müssen, schon wieder die Zeit" (S. 68). Bei verschiedenen Mitautoren wird der Einfluss des Künstlers Joseph Beuys bezüglich ihrer direktdemokratischen Aktivitäten hervorgehoben.

Ein Büchlein für alle, die wissen, dass es nicht genügt, nur alle vier Jahre seine Stimme im buchstäblichem Sinn bei den Wahlen "abzugeben" (S. 41).

Angelika Gardiner (Hrg), Mehr Demokratie, Ohne Bürger geht dat nicht! Erinnerungen an die Hamburger Kampagne, Landesverband Hamburg von Mehr Demokratie e.V., Präsident-Krahn-Strasse 8, 22765 Hamburg (e-mail: Mdinhaburg@cs.com), Hamburg, 2000.



Rechtspopulismus - Arbeit und Solidarität

Die letzte Nummer des Widerspruchs ist vor allem dem Thema "Arbeit" gewidmet. Diskutiert wird etwa

- die "unternehmerische Arbeitskraft" (Verlagerung von Arbeit auf neue Selbständige und deren sozialen Folgen),
- die Auswirkungen von Organisationsmodellen (Aufwertung von Gruppen) auf Motivation und Bewusstsein von Arbeitnehmern,
- die soziale Basis der "Neuen Mitte".
- die Repolitisierung der Lohnfrage

Die EU-Frage wird dabei oft unterschlagen oder die EU wird in Verkennung der Machtverhältnisse statt als eines der Hauptprobleme als möglicher Lösungsansatz gesehen.

Der zweite Teil (Diskussion) ist dem Thema "Rechtspopulismus" gewidmet. Mark Terkessidis entwickelt einen interessanten Ausblick auf die Rolle der "Sanktionen" gegen Österreich: "Letztlich hat die EU überhaupt keine demokratische Perspektive – die Vorschläge des deutschen Aussenministers Fischer bei seiner "persönlichen" Rede über die europäische Föderation am 12. Mai in Berlin würden den Verwaltungsapparat der EU de facto noch mehr der demokratischen Kontrolle entziehen. Um die EU jedoch als Bezugspunkt zu beleben, wird sie demokratisch dargestellt und zwar mit Referenz auf einen politischen Akteur, welcher die Werte der EU spiegelverkehrt repräsentiert".

Es handelt sich dabei um ein von den EU-Regierungen oft praktiziertes Muster: Die Festung Europa kritisiert den Haider. Man heult gegen Fusionen, aber unternimmt politisch alles, um sie zu erleichtern. Man spricht vom Sozialmodell Europa und löst das wohlfahrtsstaatliche Ausgleichssystem auf. Um diese Politik ideologisch zu vermitteln, wird Symbolik verwendet: "Gesellschaftliche Integration findet offensichtlich nicht mehr in erster Linie auf ökonomischer Ebene statt, sondern vielmehr symbolisch".

Dies wird durch eine mediale Dauermobilisierung erreicht. Anhand von bestimmten Ereignissen ("Flüchtlingsfluten", Oder-Hochwasser, Grand Prix d'Eurovision de la Chanson, Tod von Prinzessin Diana, Fussballeuropameisterschaft, Love-Parade, ICE-Katastrophe, Bomben auf Belgrad, Blair-Baby usw.) werden die Werte der vorgeblichen Gemeinschaft medial-"sinnlich" vermittelt und beschworen (Demokratie, Toleranz, Multikulturalität, Menschenrechte, Familienwerte etc.). "Und in dieses Schema gehört eben auch der Rekurs auf bestimmte, negativ besetzte Führerfiguren wie Milosevic oder Haider, in denen das andere der "offenen Gesellschaft" kulminiert: Diktatur, Rassismus, Faschismus, Auschwitz – die vorgeblich überwundene eigene Vergangenheit". Haider dient der "europäischen Wertegemeinschaft" als Integrationsfigur.

Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität, Widerspruch, Zürich, Quellenstrasse 25, Postfach, 8026 Zürich, Heft 39, 2000.



Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis

Das Buch veröffentlicht vier überarbeitete Diplomarbeiten zum Thema direkte Demokratie. Ralph Kampwirth schreibt eine lesenswerte Analyse zum Thema "Volksentscheid und Öffentlichkeit: Anstösse zu einer kommunikativen Theorie der direkten Demokratie". Er vermeidet konsequent Idealisierung und Unterschätzung von direkter Demokratie, um dem "wirklichen" Funktionieren der direkten Demokratie bezüglich Meinungsbildung auf die Spur zu kommen.

Gleichheit kann bezüglich Teilnahme am politischen Prozess nicht bedeuten, dass es zu keinen Institutionalisierungsprozessen (Arbeitsteilung) und unterschiedlichem Zugang zu den Entscheidungsprozessen kommt. "Gleichheit kann nur im Sinne einer pluralistischen Repräsentation aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Interessen verstanden werden." (S. 25). Direkte Demokratie etwa ist durchaus ressourcenintensiv (Unterschriftensammlung, Aufbau von Öffentlichkeit für ein Anliegen). Dies ergibt auch ein Spannungsverhältnis zwischen den Zielen der direkten Demokratie und dem direktdemokratischen Alltag. "denn gerade der nötige Aufwand an Ressourcen privilegiert jene Akteure, zu deren Domestizierung das Instrument doch gedacht war" (S. 26).

Verbände und Parteien sind jedoch im Allgemeinen keineswegs feurige Vertreter der direkten Demokratie, da sie andere, für sie oft billigere Kanäle zur Verfügung haben und die direkte Demokratie auch als Risiko für ihre Interessen wahrnehmen. Zudem darf die Rolle des Geldes etwa auch nicht überschätzt werden: Die Mehrzahl der amerikanischen Studien kommt zum Schluss, dass ein bedeutender Finanzvorsprung auf der Pro-Seite keinen oder nur einen geringen Einfluss auf den Ausgang einer Volksabstimmung hat. Auf der Contra-Seite hingegen ist ein finanzieller Vorsprung durchaus erfolgversprechend. Geld besitzt demnach eine Vetofunktion.

Wenn auch die direkte Demokratie zu einem guten Teil Asymmetrien und Verzerrungen öffentlicher Diskussion reproduziert, so ist sie dennoch geeignet, bestimmte Verzerrungen und Ungleichgewichte in der öffentlichen Diskussion zu mildern und so mehr Chancengleichheit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und Interessen im Wettbewerb um Redezeit und Aufmerksamkeit zu ermöglichen. "Wir können die direkte Demokratie als ein Verfahren erweiterter Elitenkonkurrenz beschreiben" (S. 31). Das Agenda-Setting wird dem Monopol der Medien und der Parteien teilweise zugunsten oppositioneller Akteure entzogen.

Bezüglich Stimmbeteiligung stellt Kampwirth fest, dass die Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen durchschnittlich niedriger liegt als bei Wahlen. Diese Tatsache erklärt er durch die höheren Informationskosten bei Sachabstimmungen, ihrer oft geringeren Bedeutung gegenüber Wahlen und dem Fehlen des Spannungsmomentes von Personalkonkurrenz. Allerdings erreichen konfliktintensive Abstimmungen durchaus hohe Teilnehmeraten. Interessanterweise gefährden niedrige Beteiligungszahlen offensichtlich nicht die hohe Akzeptanz der direkten Demokratie. Die Möglichkeit teilzunehmen

wird hochgeschätzt, selbst wenn man nicht abstimmt. Zudem ist die politische Gesamtaktivität in Gebieten mit direkter Demokratie bedeutend höher als in repräsentativen Demokratien (z.B. Summe aller Stimmabgaben!).

Kampwirth verweist auf die bedeutende Unterrepräsentation der Unterschichten hin, die bei Abstimmungen stärker ausgeprägt ist als bei Wahlen (Ausnahme sind konfliktträchtige, wichtige Vorlagen). Die Differenz erklärt er durch die höheren Informationskosten für Sachabstimmungen. Die direkte Demokratie ist somit ein Beteiligungsinstrument für eine Aktivbürgerschaft, die sich vor allem aus Mittel- und Oberschichten rekrutiert. Allerdings muss bei dieser Feststellung berücksichtigt werden, dass die Unterschichten in den gewählten Gremien noch massiver untervertreten sind. Auch wenn die Beteiligung der Unterschichten an Wahlen durchschnittlich höher ist als bei Abstimmungen, wird durch Wahlen der Zugang zu Gremien, in denen sie völlig unterrepräsentiert sind, nicht verbessert.

Sind die Bürgerinnen und Bürger durch Sachabstimmungen überfordert? Im Vorfeld von Abstimmungen erreicht die öffentliche Diskussion im Abstimmungskampf in der Regel eine hohe Intensität. Sie ist auf den Abstimmungsgegenstand ausgerichtet und dies ermöglicht es dem Publikum, sich bei geringen Kosten zu informieren. Die Diskussions- und Informationsbereitschaft der Aktivbürger nimmt zu, da sie selber entscheiden können (Kosten lohnen sich). Bei einer alleinigen Diskussion im Parlament lohnt es sich nicht, Informationskosten zu tragen. Viele politische Entscheidungen beruhen vor allem auf Werturteilen und moralischen Haltungen. "Auch evaluative Fragen sind mitunter komplex und nicht "einfach" zu entscheiden. Aber die entsprechenden Urteilsfähigkeiten sind nicht – wie etwa in technischen oder rechtlichen Fragen – an Expertenwissen gebunden". (S. 37).

Kampwirth vertritt die Meinung, dass bei komplexen Vorlagen ein Grossteil der Abstimmenden nicht fähig seien, ein sachlich begründetes Urteil über die Vorlage und ihre Konsequenzen zu fällen. Studien hätten jedoch gezeigt, dass es auch schlecht informierten Stimmbürgern gelingen kann, ihre Präferenzen in ein Abstimmungsvotum zu übersetzen, indem die sachlichen Defizite durch den Rückgriff auf kostengünstige Empfehlungen von Akteuren, die ähnliche Präferenzen haben oder die gewöhnlich genau gegenteilige Präferenzen haben. Hier scheint Kampwirth etwas optimistisch zu sein – die Rolle von Abgrenzungsreflexen und Fehlidentifikationen ist vor allem in Umbruchsituationen wohl bedeutsam und führt zu Stimmverhalten, das den eigenen Interessen zuwiderlaufen kann (in einer repräsentativen Demokratie ist man diesbezüglich jedoch noch schlechter dran).

Die Erfolgssaussichten für irreführende Kampagnen sind laut Kampwirth dann hoch, wenn keine stabilen Präferenzen vorhanden sind, das Sachwissen der Bürger gering ist und ein Mangel an Orientierungshilfen (Parteilandschaft, Verbände) vorliegt. Die Propaganda kann sich zwar schlichtweg falscher Informationen bedienen. Diese Taktik ist jedoch riskant, da sie von den Kontrahenten im Abstimmungskampf öffentlichkeitswirksam überführt werden kann. Dadurch droht der Verlust der für die Herstellung öffentlicher Zustimmung



entscheidenden Ressource Vertrauen. Erfolgversprechender sind demnach Strategien, die Komplexität nicht sachgerecht reduzieren, ohne jedoch eigentliche Fehlinformationen zu verbreiten. Dies gelingt jedoch nur, wenn die Kampagnen nicht ausgeglichen sind und wesentliche Aspekte von Gruppierungen eingebracht werden, die totgeschwiegen werden können. Zudem sind der Manipulation durch den Sachbezug Grenzen gesetzt. "Der sachbezogene Fokus einer direktdemokratischen Debatte setzt irreführenden Beeinflussungsversuchen gewisse Grenzen, die vermutlich enger sind als in "sachfremden", für personalisierende, inszenierende und symbolische Kommunikationspraktiken anfälligeren Wahlen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, dass Manipulationsversuche zwar im Einzelfall erfolgreich sind, sich aber in einem Rahmen bewegen, der Volksabstimmungen nicht prinzipiell in Frage stellt" (S. 47).

In direktdemokratischen Debatten müssen die Kontrahenten einander ernster nehmen und auf die Argumente wirklich eingehen, da sie die Wähler von ihrem Standpunkt überzeugen müssen. Sie können die Diskussion nicht mehr verweigern. In einer direkten Demokratie liegt der Argumentationsaufwand zur Durchsetzung politischer Ziele höher als in der repräsentativen Demokratie. Dies darf allerdings nicht idealisiert werden. Es wird unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz kommuniziert, nicht die Diskussion, sondern die Mehrheit bei der Volksabstimmung ist das Ziel. Die Sprecher in öffentlichen Arenen wollen nicht den Gegner überzeugen, sondern die Abstimmenden.

Handkehrum sprechen Befunde dafür, dass zivilgesellschaftliche Akteure dazu tendieren, einen weniger strategischen, eher argumentativen Kommunikationsstil zu pflegen als Regierungs-, Partei- oder Wirtschaftsvertreter. "Diese Beobachtung lässt sich plausibel erklären, wenn wir bedenken, dass Argumente für zivilgesellschaftliche Gruppen schon aufgrund ihres Mangels an anderen Mitteln wie Macht oder Geld eine weitaus wichtigere Ressource darstellen als für politische oder ökonomische Eliten" (S. 51). Auf alle Fälle nötige die direkte Demokratie die politischen Eliten, sich auf die Problemdefinition und Lösungsvorschläge oppositioneller Akteure einzulassen – abgehobenes Regieren und Diskussionsverweigerung der Machthabenden werden erschwert. Die etablierte Politik gerät unter stärkere Begründungszwänge, sie muss Einwände aus der Gesellschaft ernst nehmen und glaubwürdig verarbeiten. Zudem wirkt die direkte Demokratie der Tendenz zu unpraktischer, weil von tatsächlichen Entscheidungszwängen abgelöster Kritik aus der Öffentlichkeit entgegen. Da ein praktikabler Einflusskanal existiert, droht kritischen Akteuren ein Glaubwürdigkeitsverlust, wenn sie nicht versuchen, behauptete Mehrheitsansprüche auf diesem Weg in das politische Entscheidungssystem einzubringen. "Die direkte Demokratie nötigt sie zur Umsetzung ihrer Kritik in tragfähige Politikkonzepte, sie fördert die produktive Einbindung kritizistischer Tendenzen in den Gesetzgebungsprozess" (S. 54).

Interessant ist die Feststellung Kampwirths, dass bei der oft hohen Loyalität von Partei-Anhängern bei Wahlen, diese in mehr als der Hälfte der Abstimmungen wissentlich nicht im

Sinne ihrer Partei entscheiden. "Die Bürger nutzen offenbar die Möglichkeit, divergierende Auffassungen im Volkstentscheid zum Ausdruck zu bringen, ohne der favorisierten Partei insgesamt den Rücken zu kehren" (S. 43).

Ein zweiter Beitrag widmet sich dem "Willensbildungsprozess im Rahmen von Bürgerentscheiden". Er bleibt leider oft etwas im Begrifflichen stecken. Die beiden letzten Beiträge untersuchen die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene: "Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein" und schliesslich "Verkehrsberührung in Winterthur".

Theo Schiller (Hg.), Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis, Studien zur Demokratieforschung, Frankfurt, Campus, 1999.



Schweiz - EU



Peter Hänni, ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg i.Ü gibt mit den zwei Ordnern "Schweiz – EU" eine systematische Sammlung der Rechtserlasse auf dem Gebiete der Beziehungen Schweiz – EU heraus. Der erste Band umfasst die schweizerischen flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen und die bilateralen Verträge. Zudem sind die wichtigsten bisherigen Abkommen mit der EG enthalten (Freihandelsabkommen, Zollabkommen, Versicherungsabkommen, Uhrenabkommen). Schliesslich wurden zentrale schweizerische Erlasse aus dem Bereich des Wirtschaftsrechts, die im Wesentlichen als Teil des sog. autonomen Nachvollzugs zu betrachten sind, aufgenommen.

Im zweiten Band, der zusammen mit dem ersten eine Einheit bilden soll, wird eine systematische Zusammenstellung der Grundlagen des EU-Rechts vorgenommen: die konsolidierte Amsterdamer-Fassung des EU- und des EG-Vertrages sowie die aus schweizerischer Sicht bedeutensten EU-Erlasse zu den vier Grundfreiheiten und zu wichtigen Sektoralpolitiken. Hänni wollte aus der "fast unüberblickbaren Fülle von Erlassen die für den schweizerischen Rechtsalltag relevanten rechtlichen Grundlagen des EU-Rechts herausfiltern". Die Texte mussten zudem konsolidiert werden. Hänni schreibt im Vorwort zum zweiten Band "Die Konsolidierung der Texte und ihre adäquate grafische Darstellung schliesslich ist vor allem eine gewaltige Fleissleistung, deren Ausmass nur abschätzen kann, wer einmal im Internet mit EU-Erlassen gearbeitet hat". Ein nützliches Werkzeug für alle, die wissen wollen, was Sache ist. Das Loseblattwerk soll regelmässig durch Nachlieferungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Im zweiten Band, der zusammen mit dem ersten eine Einheit bilden soll, wird eine systematische Zusammenstellung der Grundlagen des EU-Rechts vorgenommen: die konsolidierte Amsterdamer-Fassung des EU- und des EG-Vertrages sowie die aus schweizerischer Sicht bedeutensten EU-Erlasse zu den vier Grundfreiheiten und zu wichtigen Sektoralpolitiken. Hänni wollte aus der "fast unüberblickbaren Fülle von Erlassen die für den schweizerischen Rechtsalltag relevanten rechtlichen Grundlagen des EU-Rechts herausfiltern". Die Texte mussten zudem konsolidiert werden. Hänni schreibt im Vorwort zum zweiten Band "Die Konsolidierung der Texte und ihre adäquate grafische Darstellung schliesslich ist vor allem eine gewaltige Fleissleistung, deren Ausmass nur abschätzen kann, wer einmal im Internet mit EU-Erlassen gearbeitet hat". Ein nützliches Werkzeug für alle, die wissen wollen, was Sache ist. Das Loseblattwerk soll regelmässig durch Nachlieferungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Peter Hänni (Hrsg.), Schweiz-EU, Systematische Sammlung der Rechtserlasse, Band I: Das schweizerische Recht; Band II: Das Europarecht, Zürich, Orell Füssli, 2000 (Preise: 169.50 pro Band).



Faute de journalistes critiques à Brüssel, l'administration de l'UE doit devenir entièrement transparente.

Corruption au sein de la Commission Européenne

La Commission européenne menace de licencier les fonctionnaires qui informeraient le parlement européen, la cour des comptes européenne ou les états membres de la mauvaise gestion présente dans l'administration européenne. Après certaines « affaires » récentes, on continue à pratiquer dans la Commission la « culture de la désinformation » et n'apparaît pas clairement une réelle volonté de mieux contrôler l'administration.

par Jens-Peter Bonde, Député Européen (Mouvement de Juin du Danemark, Président du groupe parlementaire 'Europe des Démocraties et de la Diversité)

C'est le hasard qui a fait tomber la Commission de l'UE

Le lundi 15 mars 1999 est devenu une date historique. Ce jour-là un rapport fut publié, rédigé par un groupe d'experts indépendants, qui examinait l'attitude de la Commission Européenne face aux problèmes de corruption, de mauvaise gestion et de népotisme au sein de l'UE. La Commission démissionnait dans la soirée du même jour. Les médias criaient victoire et présentaient le parlement européen comme le grand gagnant dans l'affaire, l'institution qui avait réussi à faire céder la Commission après une longue période de controverses et un vote de sanction.

La réalité est pourtant moins glorieuse. En fait, la Commission est plutôt tombée par hasard, et la majorité du parlement a tenté jusqu'à la fin d'éviter la chute de celle-ci. En décembre 1998 le parlement européen s'apprêtait comme d'habitude à accepter le budget présenté par la Commission. La majorité du parlement n'osait pas affronter la Commission à ce sujet. On se bornait à faire reculer la date de l'acceptation du budget, ce qui équivalait à un petit geste de protestation à l'encontre de la Commission. La commission des finances du parlement avait préalablement accepté le budget de justesse, avec une majorité d'une seule voix. Cette majorité comportait tous les membres des pays du sud ainsi que les parlementaires britanniques de gauche.

Ces derniers sont traditionnellement très critiques à l'égard des dépenses de l'UE, mais cette fois-ci ils avaient été mis sous pression par Tony Blair lui-même qui les menaçait de représailles.

Un vote parlementaire dramatique

La Commission avait donc besoin d'une majorité dans le parlement pour faire passer le budget définitivement. Le vote du 17 décembre 1998 s'est déroulé de façon dramatique. La proposition d'accepter le budget ne recevant pas un soutien suffisant, on décida d'ajourner le vote final. La présidente de la fraction socialiste, Mme Pauline Green, annonçait alors qu'elle proposerait une motion de censure à l'égard de la Commission de l'UE, forçant ainsi le parlement à assumer les conséquences de son attitude négative à l'encontre de celle-ci. Elle-même voterait contre sa propre proposition en accord avec la fraction socialiste, soulignant ainsi son soutien à la Commission.

Le parlement a tout de suite compris que cette proposition n'était qu'une manière déguisée pour obtenir un vote de confiance en faveur de la Commission. Le plus petit groupe du parlement, la fraction eurosceptique 'Europe des Nations' dont je fus président, décida alors de lancer sa propre motion de censure. Pour cela il nous fallait d'abord 63 signatures pour obtenir un vote. Pour faire passer la motion, il fallait ensuite une majorité de deux tiers des votants ainsi qu'une majorité simple de tous les membres du parlement, votants ou non. Après maintes difficultés, nous avons obtenu 70 signatures, permettant ainsi au parlement de décider en session plénière s'il voulait retirer sa confiance à la Commission ou non. A ce moment-là, la Commission espérait encore que les accords secrets passés avec les deux plus importantes fractions du parlement, les socialistes et les démocrates-chrétiens, lui permettraient de neutraliser les critiques à son égard. La Commission organisa alors des dîners et des déjeuners somptueux auxquels étaient conviés les groupes parlementaires l'un après l'autre.

Le président Santer annonça enfin que la Commission démissionnerait si elle n'obtenait pas une majorité simple lors de la session plénière de janvier. La Commission pensait qu'elle l'emporterait sur ses adversaires sans difficulté. Ainsi est arrivé le jour de la séance du 14 janvier 1999...

Tout d'abord la fraction des libéraux proposa de retirer la confiance seulement à deux membres socialistes de la Commission, Manuel Marin et Edith Cresson. On pouvait donc prévoir que si cette proposition était soumise au vote en premier, et si elle était rejetée, les libéraux se rallieraient à la motion de censure dirigée contre la Commission dans son ensemble. La présidente du groupe socialiste, Mme Green, commença alors à craindre que sa propre motion de censure fût acceptée. Elle la retira donc, en proposant d'instaurer une



commission d'experts, composée de cinq membres indépendants, qui serait chargée d'examiner tous les cas litigieux pour établir s'il y avait bien eu corruption ou non. La Commission Européenne se déclara prête à accepter les conclusions de ces experts. Elle fit cette promesse de bon gré puisqu'elle savait qu'elle aurait son mot à dire dans le choix des experts. La proposition fut acceptée par le parlement.

Une commission d'experts qui surprend

Il fallait donc trouver cinq experts. En fait, les grandes fractions avaient déjà fait leur choix d'avance en accord avec la Commission Européenne. C'est à ce moment-là que les médias commencèrent à s'intéresser à l'affaire. Ils avaient eu vent de nouvelles révélations faites par un employé de la Commission Européenne, M. Paul van Buitenen. Celui-ci avait fait parvenir à tous les groupes parlementaires un texte de 34 pages relevant les irrégularités constatées dans le fonctionnement de la Commission. Paul van Buitenen fit également part de ses découvertes à la commission d'experts. D'autres employés furent aussi entendus par celle-ci. Il s'avéra très vite que la Commission Européenne n'entendait pas vraiment collaborer avec la commission d'experts. Par exemple, il était plutôt difficile d'obtenir des documents concernant les affaires. Dans leur rapport, les experts é mirent un avis assez sévère à l'égard de la Commission. Voici le dernier paragraphe de leurs conclusions:

«La responsabilité des commissaires, ou de la Commission dans son ensemble, ne peut être une idée vague, une notion irréaliste dans la pratiques. Elle doit aller de pair avec un exercice permanent de "responsabilisation". Chacun doit se sentir comptable de ce qu'il gère. À travers les études menées par le Comité, il a été trop souvent constaté que le sens de la responsabilité est dilué dans la chaîne hiérarchique. Il devient difficile de trouver quelqu'un qui ait le moindre sentiment d'être responsable. Or ce sentiment de responsabilité est essentiel. On doit le trouver, en premier lieu, auprès des commissaires et de leur Collège. La tentation de vider la notion de responsabilité de tout contenu effectif est dangereux. Cette notion constitue la manifestation ultime de la démocratie.» (Commission d'experts indépendants, premier rapport sur les accusations en matière de fraude, mauvaise gestion et népotisme dans la Commission Européenne, 15.03.99, p. 136).

Les cinq membres de la commission d'experts s'exprimèrent de façon très sévère et indiquèrent qu'il y avait accord entre eux à ce sujet. Mais même après l'analyse détaillée du rapport par les présidents des groupes parlementaires, et, alors que les experts avaient insisté sur le fait qu'ils n'avaient pas réussi à trouver quelqu'un qui se sentait vraiment concerné par les dysfonctionnements graves de la Commission de l'UE, on pensait toujours pouvoir régler le problème en sacrifiant un ou deux membres de la Commission Européenne.

L'avis très négatif émis par le groupe d'experts se propagea très vite parmi les parlementaires et dans la presse. Il était maintenant clair que la Commission Européenne allait affronter de sérieuses difficultés. La fraction socialiste se réunit par la suite dans la même soirée, et vers 22 heures Pauline Green appela le président Santer en lui recommandant la démission de l'ensemble de la Commission. A ce moment-là, on

envisageait encore la possibilité de réélection de quelques membres de la Commission. Le commissaire belge Karel van Miert trouva un argument vraiment convaincant pour la démission collective: de cette manière, les membres de la Commission pourraient tous garder leur salaire et se faire dédommager pour leur départ anticipé.

Vers 1h du matin, Jaques Santer apparut devant les journalistes et annonça que la Commission avait décidé à l'unanimité de démissionner immédiatement. La plupart des commissaires était cependant toujours de l'avis qu'ils n'avaient commis aucune faute. La majorité du parlement voulait toujours se borner à limoger quelques commissaires seulement, et toute l'histoire aurait très bien pu s'arrêter là.

Le héros qui fit les révélations est suspendu

Au fait, la majorité du parlement ne voulait pas mettre en cause la Commission dans son ensemble. Pour notre part, nous étions de l'avis que les commissaires n'étaient pas tous individuellement fautifs, mais que la Commission dans son ensemble devait assumer ses responsabilités. La Commission par contre se voyait toujours victime de quelques «petites mésaventures».

Le héros dans cette histoire n'est pas le parlement mais la presse et surtout le fonctionnaire honnête qui a révélé les irrégularités. Il a pris au sérieux ses responsabilités dans une mesure qu'on trouve rarement dans l'Union Européenne. Tout d'abord il a informé ses supérieurs des irrégularités constatées. Ensuite il a contacté le secrétaire général et le commissaire concerné. En vain. Il est allé voir ensuite un prêtre pour apaiser sa conscience de fonctionnaire européen de longue date. Finalement il a envoyé sa lettre de 34 pages aux présidents des groupes parlementaires. C'est à ce moment-là que la Commission a réagi, et vite: l'employé a été suspendu.

Des cas de corruption et de mauvaise gestion au sein de la Commission Européenne avaient pourtant été connus depuis longtemps. Le coût de la mauvaise gestion avait été évalué par des chercheurs sérieux à 8 milliards d'Euros (environ 12 milliards de FS). C'était ainsi, et le conseil des ministres avait laissé passer des budgets dont on savait qu'ils contenaient des fraudes importantes. On savait aussi que la Commission essayait de cacher les cas de corruption et que certains commissaires étaient impliqués dans des activités qui dans leur pays d'origine auraient été sanctionnées par le limogeage



immédiat. Tout cela n'avait jamais donné lieu à des protestations.

Ce qui était nouveau, c'était que la presse commençait à s'intéresser à ces affaires et contribuait à dévoiler les cas de corruption. Il était prouvé que la commissaire européenne et ancien premier ministre français, Edith Cresson, avait employé un ami personnel, soit-disant pour rédiger des rapports. Ces rapports n'étaient toujours pas rédigés au moment où les malversations furent révélées. On peut penser qu'ils furent rédigés par la suite par d'autres personnes. Cet ami avait également entrepris plusieurs voyages officiels, destinés à des visites de vignoble en France dont lui et Mme Cresson étaient copropriétaires.

On pensait généralement que le népotisme de Mme Cresson était inacceptable. La Commission Européenne n'était cependant pas de cet avis. Tout d'abord elle feignit de n'être au courant de rien. Ensuite, quand il fallait agir, la Commission tenta de sacrifier Mme Cresson afin de pouvoir sauver les autres membres. Pour la Commission, le problème n'était pas que des irrégularités avaient été commises et qu'on avait essayé de les cacher. A leurs yeux, le problème était que l'un de ses employés avait rompu le silence et ainsi avait enfreint la loi de l'« omerta » comme on dit dans la Mafia. La solution était donc de licencier van Buitenen, en signalant ainsi aux autres fonctionnaires quel comportement on attendait d'eux. Une enquête était mise en route à l'encontre de M. van Buitenen et la moitié de son salaire fut gelée, de sorte que la punition soit aussi ressentie par sa femme et ses deux enfants. Tout cela, avant que M. van Buitenen soit reconnu coupable d'un acte criminel. Paul van Buitenen rendit tout de suite les clefs de son bureau.

La grande majorité du parlement soutint M van Buitenen et demanda que son poste lui soit rendu et qu'il perçoive son salaire intégral. Cette demande fut acceptée avec 451 voix

contre 40. La Commission se voyait donc contrainte de rendre son poste à M van Buitenen. On le mit dans un bureau sans ordinateur où il était libre de tailler des crayons ou compter des agrafes. Ainsi était clair ce qu'on pensait à la Commission Européenne des gens qui ne savent pas garder le silence. En

réalité, aux yeux de la Commission, le crime de M. van Buitenen était d'avoir transmis aux instances compétentes la vérité concernant sa mauvaise gestion. M. van Buitenen n'a jamais contacté la presse directement. C'était la présidente du groupe des verts qui fit parvenir les révélations à la presse. Elle avait reçu le rapport un jour avant les autres présidents de groupe – une maladresse de la part de M van Buitenen mais pas un crime.

Comment cette affaire a-t-elle évolué sous la nouvelle Commission? Voici les faits: la Commission Prodi a adressé un blâme à M. van Buitenen, le privant ainsi de toute possibilité de promotion. Le vice-président de la Commission, Neil Kinnock, fit savoir par écrit que tout employé qui se comporterait à l'avenir comme M. van Buitenen serait licencié immédiatement. On créa une unité indépendante spéciale au sein de la Commission, la OLAF, censée combattre la corruption.

Tout employé qui sera au courant d'une quelconque irrégularité devra impérativement s'adresser à cette nouvelle organisation ou à son supérieur hiérarchique. Il lui est formellement interdit de contacter la police, la cour des comptes européenne, la commission des finances ou toute autre entité de l'Union Européenne.

La OLAF est cependant une partie de la Commission elle-même, même si on peut espérer qu'elle aura une indépendance réelle. La conclusion est donc que si un fonctionnaire découvre des irrégularités dans le fonctionnement de la Commission Européenne il a intérêt à ne pas en parler à l'extérieur de celle-ci.

Paul van Buitenen reçut de nombreuses médailles qui honorent son civisme, mais aucune de la part de la Commission Européenne. A l'intérieur de celle-ci il est toujours considéré comme un criminel – pire que ceux qui avaient détourné des moyens ou contribué à cacher les malversations. La Commission l'a finalement emporté sur M van Buitenen: il fut muté à Luxembourg, et il dut accepter de ne plus jamais parler de cette affaire s'il voulait rester fonctionnaire de l'Union Européenne.

Manque de transparence

La Commission Européenne a développé une culture et une manière de penser qui est difficile à changer. Il faudrait une véritable 'équipe de nettoyage' qui nettoierait l'ensemble de l'administration bruxelloise à fond et remettrait ensuite la conduite des affaires à une équipe renouvelée. Si la commission était une société privée, elle aurait été obligée depuis longtemps de déposer le bilan. La Commission est cependant une administration publique, située loin du regard critique de la presse des pays membres de l'Union Européenne et mal contrôlée par le public concerné.

La Commission comporte plusieurs Directions Générales. Celles-ci ont souvent leur vie et politique propres, indépendantes des décisions prises par la Commission ou les états membres. Le président de la Commission précédente, Jaques Santer, n'a jamais exercé une fonction de contrôle au sein de la Commission. Son prédécesseur Jaques Delors avait mis au point une administration parallèle, composée de



Kurzinfos

Pressefreiheit in Europa

Nur elf Europarats-Länder respektieren die Pressefreiheit. Dies laut einem Bericht des Internationalen Presseinstituts (IPI). In vielen Mitgliedsländern des Europarates seien 1998 und 1999 unabhängige Medien politisch und wirtschaftlich unter Druck gesetzt worden, teilte das IPI in einer Stellungnahme mit. Viele Regierungen von Europarats-Ländern drohten Journalisten mit Gewalt, Strafverfolgung und Gefängnis, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Auch wenn im jeweils nationalen Medienrecht dieser Länder die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Pressefreiheit garantiert sei, gebe es eine grosse Kluft zwischen "Rechtstheorie und Rechtspraxis", erklärt das IPI. Nach Angaben des IPI waren 1998 und 1999 in einigen Europarats-Ländern 24 Journalisten getötet, 59 inhaftiert und 48 bei ihrer Berichterstattung zensiert worden. (NZZ, 7.9.00, S. 5) Die 11 Länder ohne Meldungen bezüglich Verletzung der Pressefreiheit sind: Andorra, Dänemark, Island, Liechtenstein, Malta, Holland, Norwegen, Polen, Portugal, Slovenien und die Schweiz (<http://www.freemedia.at/>). Nur drei EU-Länder tauchen in dieser Liste auf! Bei einem χ^2 -Test ist bei den westeuropäischen Ländern (ohne Slovenien und Polen, mit den übrigen EU-Ländern) der Zusammenhang zwischen Nicht-EU-Mitgliedschaft und Respektierung der Pressefreiheit hoch signifikant (p-Wert: 0.002).

Pressefreiheit * EU-Mitgliedschaft Kreuztabelle

Anzahl		EU-Mitgliedschaft		Gesamt
		Mitglied	Nicht-Mitglied	
Pressefreiheit	Pressefreiheit nicht o.k.	12	.00	12
	Pressefreiheit o.k.	3	6	9
Gesamt		15	6	21

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Exakter Test nach Fisher		.002	.002
Anzahl der gültigen Fälle	21		

Demokratieverlust

"Es ist logisch richtig, dass die Mitsprache in Brüssel den Verlust an Demokratie in gewisser Weise kompensiert. Aber es sind Berner Behörden und Beamte, die in Brüssel die Mitsprache wahrnehmen, während der Demokratieverlust jede Bürgerin und jeden Bürger direkt trifft." (1. August-Rede von Bundesrat Kaspar Villiger, NZZ, 2. 8. 00, S. 14).

Konstruktives Referendum

"Entgegen manchen Behauptungen ist das konstruktive Referendum [] nicht in der Lage, im Falle eines EU-Beitritts der Schweiz einen Demokratieverlust wettzumachen". Redaktion der NZZ, 18.8.00, S. 15.

→ collaborateurs soigneusement choisis et placés dans toutes les Directions Générales. Ces gens répondaient aux ordres de Pascal Lamy, aujourd'hui membre de la Commission. Pascal Lamy a été élu membre de la Commission actuelle malgré le fait qu'il avait été responsable d'un service qui avait réussi à faire disparaître simultanément de cinq bureaux différents le compte-rendu d'une réunion. Dans ces circonstances, il semble peu probable que Prodi puisse exercer un contrôle véritable au sein de la Commission. Les anciens réseaux d'influence sont toujours en place même si leurs membres ne se trouvent plus toujours au même endroit qu'avant.

Pour que la culture de la Commission Européenne change il faudrait qu'il devienne impensable qu'un van Buitenen soit muté. Par contre, ceux qui refusent de transmettre des informations au secrétaire général, à la cour des comptes, au

parlement ou au états membres devraient être obligés de chercher un nouvel emploi. L'information est synonyme de pouvoir. La Commission et ses fonctionnaires détiennent toujours les clefs de l'information et ils utilisent cet outil selon leur gré et leurs intérêts. Cette volonté de contrôler la politique d'information est une manifestation de l'esprit de corps qui règne dans les Directions Générales. Pour obtenir une meilleure gestion de l'Union Européenne, il faudrait donc que l'administration devienne entièrement transparente. Ceci est d'autant plus important que l'administration est loin des administrés. Lorsqu'un scandale arrive dans un état membre, la presse est tout de suite sur place pour le tirer au grand jour. A Bruxelles, par contre, il manque des journalistes qui soient en mesure de faire les recherches indépendantes qui sont nécessaires. ■



Die Intellektuellen in Europa waren immer bestrebt, die Taten ihrer Regierungen zu rechtfertigen und das tun sie auch heute wieder.

Ein Gespräch mit Noam Chomsky

Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA, ist der Schöpfer der sogenannten generativen Sprachkunde und gilt als der bekannteste Linguist unserer Zeit. Er ist heute ohne Zweifel einer der meistzitierten Autoren überhaupt. Neben seiner wissenschaftlichen Karriere gilt sein Interesse der Weltpolitik im weiten Sinne. Seine engagierten Stellungnahmen zugunsten der Armen und Unterdrückten dieser Welt haben ihn einem weiten Publikum bekannt gemacht. Neulich machte er sich als scharfer Kritiker der Nato-Intervention in Kosovo bemerkbar. Das Gespräch mit Chomsky führte am 14. Juni 2000 Christian Jungen, Physiker (Paris), am MIT.

Ch. Jungen: Halten Sie die EU-Strukturen für demokratisch?

Noam Chomsky: Nein, die EU-Strukturen sind undemokratisch. Betrachten wir doch die enorme Machtfülle, die der neuen europäischen Zentralbank zugeschanzt worden ist! Dieses Vorgehen gab in den USA sogar in neoliberalen Rechtskreisen Anlass zur Kritik.

Ch. Jungen: Wie ist es denn um das demokratische Prinzip in kontinentalen Gross-Staaten oder Staatenbünden bestellt? Kann Demokratie überhaupt existieren im Sinne eines wirklichen Einflusses des Volkes auf die Regierungsgeschäfte, eine Demokratie also, die sich nicht in der blossen Teilnahme an formalen Wahlprozeduren erschöpft?

Noam Chomsky: Ich glaube schon. Zwar ist eine Demokratie, die auf dem direkten persönlichen Kontakt beruht, sicher vorzuziehen, aber andererseits eröffnen die modernen Kommunikationsmittel eben doch neue Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass die Souveränität immer beim Volk liegt. Kompetenzen können von unten nach oben delegiert werden, aber diese Übertragung darf nicht unwiderrufbar sein.

Ch. Jungen: Stellt das Instrumentarium der direkten Demokratie, mit Referendums- und Initiativrecht, eine Möglichkeit dar, diese Forderung institutionell umzusetzen.?

Noam Chomsky: Das US-System von Referendum und Verfassungsinitiative stellt nicht wirklich eine Methode dar, um die Kompetenzabtretung zu widerrufen. Meine Meinung ist, dass eine tatsächliche und optimale Demokratie durch das Volk einen wirklichen Mechanismus enthalten sollte, um Entscheidungskompetenzen zurückzuholen. Allerdings müsste eine solche Institution so ausgestaltet sein, dass sie nicht dazu dienen kann, die Exekutive und das Parlament an der Arbeit zu hindern. Die Repräsentanten müssen eine gewisse Freiheit haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Wie man die Bedingungen genau ausbalancieren müsste, kann man nicht im Voraus bestimmen. Solche Ideen sollten über die Zeit hinweg reifen – durch Erfahrung mit der Selbstregierung. Ich muss allerdings hinzufügen, dass solche Betrachtungen eher akademisch sind – im Lichte der weit grösseren Störungen der realen Demokratie, wie etwa der Übertragung zentraler Entscheidungsmacht hin zu undemokratischen Mächten, die gegenüber niemandem politisch verantwortlich sind. Ich denke vor allem an die multinationalen Firmen mit ihrem enormen

Einfluss auf das sozio-ökonomische Leben und die politische Freiheit.

Um nochmals auf die modernen Kommunikationsmittel zurückzukommen: ich schätze den Wert des Internet als Informationsmittel sehr hoch ein und fordere dessen Erhaltung als öffentliche Institution. Ohne Internet wären die Demonstrationen von Seattle gegen die Globalisierung nicht möglich gewesen. Hier verschafft sich eine neue Solidarität zwischen

Menschen aus allen Ländern Ausdruck, die den Mächtigen dieser Welt sicher nicht lieb ist. Nicht zufällig sind jetzt Bestrebungen im Gange, das Internet privaten Interessen zu überantworten. Mit der sich ausbreitenden Kommerzialisierung wird der Zugang zu den wirklich interessanten Informationen schwieriger werden. Man bedenke aber, dass das Internet wie das World Wide Web nicht etwa von privater Seite, sondern von öffentlichen Institutionen mit Hilfe von Steuergeldern entwickelt worden sind (vom amerikanischen Verteidigungsministerium bzw. am CERN), wie ja so vieles – entgegen dem verbreiteten Vorurteil, das jeglichen Fortschritt der privaten Initiative zuschreiben will. Deshalb müssen diese neuen Kommunikationsmittel als Allgemeinbesitz aufgefasst werden und als solcher weiterbestehen.

Mein Interesse hat immer der menschlichen Kommunikation gegolten. E-mail und Internet haben sich nun eben als neue Formen der Kommunikation eingebürgert. Dank e-mail konnte ich die Krise in Osttimor letztes Jahr praktisch momen-



tan verfolgen. Ähnlich verhält es sich jetzt mit Kolumbien, wo sich schreckliche Dinge abspielen, über die allerdings in der Presse wenig zu lesen ist.

Ch. Jungen: Es gab Kreise in der Schweiz, die es bedauerten, dass die Schweiz während des Kosovo-Krieges wegen des Neutralitätsprinzips "einmal mehr abseits stehen" musste.

Noam Chomsky: Es war sicher gut, dass die neutralen Länder an diesem schrecklichen Krieg nicht teilgenommen haben. Es geht nicht darum, die serbische Politik zu verteidigen, die ist schlimm. Aber wir wissen jetzt aus mehreren Quellen (z.B. der UNO), dass diese Politik seit Jahren stabil war und nichts den Kriegsbeginn im Frühjahr 1999 rechtfertigte. Dies war ein Angriffskrieg der NATO, der die massiven Vertreibungen von Kosovaren, die er zu bekämpfen vorgab, recht eigentlich auslöste.

Ch. Jungen: Ein Schweizer Diplomat vertraute mir (ausserdienstlich) an, dass die Serben den Kosovaren nicht Schlimmeres angetan haben als die Türken den Kurden. In der Türkei sei aber keine internationale Intervention ins Auge gefasst worden.

Noam Chomsky: Die Türken haben im Gegenteil viel schlimmere Verbrechen begangen – mit von den USA gelieferten Waffen. Die amerikanischen Waffenlieferungen an die Türkei nahmen nämlich 1994 stark zu, gerade bevor der Genozid an den Kurden begann. (Ähnliches spielt sich übrigens jetzt in Kolumbien ab). Dies ist nicht zufällig: vergessen wir nicht, dass die Türkei NATO-Mitglied ist, dass dieses Land Mitglied der EU werden soll und auch von Deutschland Waffenlieferungen erhält. Die Komplizität der westlichen Welt ist also offensichtlich.

CH. Jungen: Was waren denn die wahren Beweggründe, die zum Kosovokrieg geführt haben?

Noam Chomsky: Die Verhandlungen in Rambouillet 1998 versprachen zunächst Erfolg. Das geplante Abkommen hätte allerdings eine 'europäische' Lösung dargestellt und das wollten die USA vermutlich nicht dulden. Sie wollten wohl die Führerrolle behalten und begannen deshalb den Krieg, in den sie dann ihre NATO-Partner hineinzogen.

Ch. Jungen: In Deutschland z.B. meinten manche, ihr Land kämpfe jetzt endlich einmal auf der 'richtigen' Seite. Bundeskanzler Schröder ging so weit, in diesem Zusammenhang von einem 'Gründungsmythos' des vereinigten Europas zu sprechen, und namhafte Intellektuelle setzten sich für den Krieg ein.

Noam Chomsky: Ja, z.B. der Philosoph Habermas. Er sagt, die Welt habe sich mit dem 'Recht zur humanitären Einmischung' grundlegend verändert, aber das stimmt ja nicht: die mächtigen Länder betreiben Machtpolitik wie eh und je. Die Intellektuellen in Europa waren immer bestrebt, die Taten ihrer Regierungen zu rechtfertigen und das tun sie auch heute wieder. In Frankreich z.B. wurde die Resistance während des 2. Weltkrieges nicht etwa von den Intellektuellen getragen.

Im Gegenteil, die französische Literatur erlebte im besetzten Paris eine Renaissance und eminente Intellektuelle wie J.P. Sartre und Simone de Beauvoir sind da nicht abseits gestanden. Überhaupt war ja das Verhalten der europäischen Länder während des 2. Weltkrieges beschämend. Wir erfah-

ren dies erst jetzt richtig, wo die Archive geöffnet werden, neulich z.B. in Dänemark. Meines Erachtens ist die Schweiz wegen ihrer Rolle in jener schwierigen Zeit unfair behandelt worden. Amerikanische Banken haben übrigens vergleichbare Geldsummen ihren Eigentümern vorenthalten wie dies in der Schweiz geschah, wurden aber nicht belangt. Es war eben einfacher, die kleine Schweiz unter Druck zu setzen. Dennoch drängt es sich natürlich auch für die Schweiz auf, ihr damaliges Verhalten kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Ch. Jungen: Bedeutet die Informationsflut nicht oft in Wirklichkeit Desinformation?

Noam Chomsky: Stimmt, die Medien unterschlagen notorisch die wichtigsten Ereignisse und überschwemmen statt dessen die Konsumenten mit mondänen Nichtigkeiten. So haben sich vor wenigen Wochen vier Staatsoberhäupter aus Entwicklungsländern in Kuba getroffen, ein Ereignis, das an Bedeutsamkeit der Bandungkonferenz der Blockfreien von 1955 gleichkommt. Diese wichtige Konferenz ist von den westlichen Medien kaum erwähnt worden. Wir müssen uns klar sein, dass die Art und Weise, wie uns die Weltlage von den Medien dargestellt wird, nicht repräsentativ ist: die Kriege gegen Irak und Serbien z.B. sind ausserhalb der industrialisierten westlichen Welt als simple Angriffskriege und nicht als humanitäre Aktionen aufgefasst worden.

Ch. Jungen: Ein weiteres Beispiel der zweideutigen Rolle der Medien bringt uns auf die Wirtschaftspolitik: neulich meinte die sich sonst sachlich gebende 'Zeit', ihre Leser in einem Artikel über den Ökonomen Keynes mit Details über sein Privatleben, seine Hunde etc. unterhalten zu müssen, während seine wirtschaftspolitischen Ideen kaum erwähnt wurden.

Noam Chomsky: Ja, die Bretton-Woods Abkommen, die von Keynes' Ideen massgeblich beeinflusst waren, waren sehr wichtig. Die Idee war die der liberalen Marktwirtschaft, aber eingebettet in ein internationales Währungssystem, welches es den einzelnen Ländern erlaubte, ihre eigene Wirtschaftspolitik im Interesse der lokalen Bevölkerung zu führen. Durch die festen Wechselkurse und die Kontrolle der internationalen Kapitalströme sollten die nationale Souveränität und die Demokratie geschützt werden. Keynes glaubte, dass ohne Kontrolle des Kapitals Demokratie überhaupt unmöglich sei. Dies ist ein absolut zentraler Punkt, der aber kaum je erwähnt wird. Dieses System brach in den 70er Jahren zusammen und die Globalisierung begann, die die Völker und ihre Regierungen dem Willen der Investoren ausgeliefert hat.

Ch. Jungen: Die eidgenössische Regierung ist heute bestrebt, die Schweiz in das "Solidaritätssystem" der reichen Industrieländer einzubinden (Partnerschaft für den Frieden z.B.), das im Grunde gegen die 3. Welt gerichtet ist. Dies wurde mir mehr als einmal von Schweizer Diplomaten – diesmal dienstlich – bestätigt.

Noam Chomsky: Das sehe ich auch so. Eine wahre Neutralität müsste sich des Grabens zwischen Industrieländern und der 3. Welt bewusst sein. Ein wirklich neutrales Land müsste versuchen, hier ausgleichend zu wirken und für gegenseitiges Verständnis zu werben. Allerdings ist der Einfluss der kleinen Länder beschränkt. Europa als ganzes könnte da mehr ausrichten – wenn es wollte. ■



Der Kampf der politischen Eliten gegen die direkte Demokratie

Direkte Demokratie in den Niederlanden

Obwohl die Niederlande weltweit eines der drei Länder ist, die noch nie ein Referendum auf nationaler Ebene abhielten, ist die Debatte über direkte Demokratie hier mehr als 100 Jahre alt. 1994 führte dies schliesslich dazu, dass ein Prozess in Gang kam, um die Verfassung zu ändern. Im Mai 1999 scheiterte dieser in letzter Minute im Senat. Im Augenblick wird das selbe Projekt auf sehr problematische Weise wieder aufgelegt. Während 80% der Holländer für das Referendum sind, bleibt der Aufbau einer Bürgerbewegung, die der direkten Demokratie zum Durchbruch verhelfen wird, weitgehend eine unerledigte Aufgabe.

Von Arjen Nijeboer*

Die historische Struktur des holländischen Staates

Die Niederlande haben eine spezifische Beziehung zur Demokratie. Die holländische Republik (1579-1795) wird oft als Geburtsort der modernen Demokratie genannt. Der holländische Aufstand, der zur Abtrennung von Spanien führte und von William von Orange angeführt wurde, war in mehreren Teilen der Welt ein beispielhafter Befreiungskampf. Es bestehen einige Belege dafür, das die holländische Unabhängigkeitserklärung, die 'Plakkaat van Verlatinge' (1581), der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die von Jefferson 1776 geschrieben wurde, als Vorlage diente (Lucas, 1994). Die Republik wurde föderalistisch organisiert. Die Städte und die Provinzen hatten dabei mehr Kompetenzen als die nationale Ebene ("Stadtgesetz bricht Landesgesetz"). Das 'Staatsoberhaupt', der stadholder, war ein Angestellter mit wenig Macht. Wenn der Estates-General (eine Art Tagsatzung) etwas entscheiden wollte, mussten die Vertreter zur Konsultation zurück in die Provinzen. Die erste holländische Verfassung von 1798, die durch die französische Besatzung eingeführt wurde, anerkannte das Prinzip der Volkssouveränität.

Zusammen mit der Volkssouveränität brachten die Franzosen jedoch auch den zentralistischen Einheitsstaat und sie installierten 1806 einen König. Nach der Niederlage Napoleons, gelang es einem Abkömmling des Bruders von William von Orange nach Holland zurückzukehren und sich 1815 als König William I auszurufen. Er gründete das moderne Königstum der Niederlande, wobei dadurch im Staat einiges umgekrempelt wurde. William wischte das Prinzip der Volkssouveränität unter den Teppich und nahm das bis anhin "unholländisch" Prinzip des zentralistischen Einheitsstaates auf. Seither ist Holland als subsidiärer Staat konzipiert, in dem die nationale Ebene entscheidet, wieviel Entscheidungsspielraum die tieferen Ebenen haben. Die nationale Gesetzgebung hat Vorrang vor der Provinz- und Gemeinderegulierung. Das Gesetz verpflichtet die Volksvertreter, auf allen drei Ebenen ohne Beeinflussung durch die Bürgerinnen und Bürger in souveräner Weise und nur mit Blick aufs "Gemeinwohl" zu entscheiden. Die Judikative ist nicht ermächtigt, die Gesetze

* Koordinator der Referendum Plattform, Korte Prinsengracht 91-1, 1013 GR Amsterdam, Netherlands. <http://www.referendumplatform.nl>; [E-mail info@referendumplatform.nl](mailto:info@referendumplatform.nl)

auf ihre Verfassungsmässigkeit hin zu untersuchen. Deshalb können die Parlamente jederzeit ihre eigenen, hehren Verfassungsprinzipien verletzen. Der König hat immer noch formelle Macht, besonders während der Bildung von neuen Regierungen. Er ist aber auch Mitunterzeichner von Gesetzen und der Ernennung von Ministern. Die Einführung eines Parlamentes im Jahre 1848, auf Initiative des liberalen Politikers Johan Thorbecke hin, änderte die Position des Königs als Staatsoberhaupt nicht. Ebenso wenig die subsidiäre Struktur des Landes. Thorbecke wird heute oft als zweiter Gründer Hollands gefeiert.

Die Referendums-Debatte

Trotzdem ist die Debatte über die Einführung der direkten Demokratie 100 Jahre alt – wie sonstwo in Europa. Die "direkte Gesetzgebung durch die Bürger" – zuerst konzeptuell von Moritz Rittinghausen ausgearbeitet – war am Ende des 19. Jahrhunderts eine Hauptforderung sozialistischer Parteien, besonders der SDB (Programm von 1882) und der SDAP (Programm von 1895). 1903 wurde die erste Parlamentsdebatte über die Einführung eines Referendums mit 50'000 nötigen Unterschriften geführt. Diese wurde durch den SDAP Parteipräsidenten Troelstra initiiert. Die Einführung des Referendums wurde aber nur von der SDAP unterstützt. Alles in allem debattierte das Parlament sieben mal während des 20. Jahrhunderts über die Einführung irgend einer Form von Referendum. Fünf Kommissionen wurden von der Regierung bestellt,



um verschiedene Formen von möglichen Referenden zu untersuchen – wenn auch manche dieser Vorschläge kaum den Namen "Referendum" verdienen. Am meisten Einfluss hatte die Biesheuvel Kommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, nachdem ein "Nationales Komitee Referendum: Ja" 1982 Unterschriften sammelte, um die Einführung eines Referendums zu erwirken. Die hochdotierte Biesheuvel Kommission, nach ihrem Vorsitzenden, dem früheren christdemokratischen Premier B.W. Biesheuvel, benannt, umfasste alle politischen Richtungen und riet 1985 einstimmig zur Einführung von Referendum und Initiative, beide mit einer Unterschriftenzahl von 300'000 (Biesheuvel, 1985).

Die Tatsache, dass die Einsetzung von Kommissionen eine typisch holländische Regierungsmethode darstellt, um Handeln vermeiden zu können, wird durch den Umstand illustriert, dass die Regierung zwei weitere Kommissionen einsetzte, nachdem nach 1989 das Referendum wieder auf die politische Agenda kam (die Deetman Kommission und die De Koning Kommission). Diese beschränkten sich darauf, die bekannten Argumente und Schlussfolgerungen zu wiederholen (Van Holsteyn, 1996).

Standpunkte der politischen Parteien

Alle diese Versuche zur Einführung von direkter Demokratie wurden sehr beständig vor allem von den Christdemokratischen Parteien abgeblockt. Deren Hauptargument besteht wie bei den Liberalen in der Behauptung, die direkte Demokratie widerspreche der holländischen Tradition. Die Christdemokraten – 1980 schlossen sich die meisten von ihnen zum 'Christdemokratischen Appell' (CDA) zusammen – waren von 1917 bis 1994 ohne Unterbruch in der Regierungskoalition und im Machtzentrum. Sie wurden oft von Rechtsliberalen unterstützt – seit 1948 'Volkspartei für Freiheit und Demokratie' (VVD) genannt. Manchmal auch von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PvdA! (die SDAP schloss sich 1945 der PvdA an).

Beide Parteien vertraten in der Frage im Gegensatz zu den Christdemokraten jedoch nicht durchgängig dieselbe Position. Die SDAP wandte sich gegen das Referendum, nachdem die Arbeiter 1917 das Stimmrecht erlangten und sich als weniger "sozialistisch" erwiesen, als die SDAP es sich gewünscht hätte. 1970 wandte sich der radikale PvdA Premier Minister Den Uyl ebenfalls gegen das Referendum, weil, wie er sagte, "das Volk weniger progressiv als die Eliten ist". In erstaunlicher Weise ignorierte die 60er PvdA-Bewegung "Neue Linke" angestrengt das Thema "Direkte Demokratie", obwohl deren erste Forderung die "radikale Demokratisierung" war.

Bei den Liberalen befürwortete der gewichtige Parteipräsident P.J. Oud die Einführung eines (eingeschränkten) Referendums. 1918 stimmten die Liberalen als einzige Partei für dessen Einführung. Die VVD ist in ihrer Haltung der direkten Demokratie gegenüber immer noch nicht homogen, da während einer Parteiversammlung 1998 eine starke Minderheit für den Einschluss der Forderung nach einem Referendum ins Parteiprogramm eintrat.

Im letzten Jahrzehnt fielen die Parteipositionen ziemlich genau mit der rechts- links- Spaltung zusammen. Der christ-

demokratische CDA, die liberale VVD und die drei (sic!) kleinen protestantischen religiösen Parteien (SGP, GPV und RPF) sind fundamental gegen jegliche Form von Referendum. Die links-grüne GroenLinks (ein Fusionsprodukt von 1990 aus linksradikalen, pazifistischen und christlichen Gruppierungen: PPR, PSP, CPN und EVP), die sozialistische (maoistisch-populistische) Sozialistische Partei (SP) und die liberal-demokratischen 'Demokraten 66' (D66) sind im Prinzip für das Referendum wie auch für die Initiative.

Die sozial-demokratische PvdA, in Wahrheit eine Zentrums-partei, hat keinen offiziellen Standpunkt in Bezug auf Referenden (d.h. das Referendum wird in Parteiprogrammen nicht erwähnt) und wird keine Vorschläge in diese Richtung machen. Sie wird jedoch zugunsten der Einführung des Referendums stimmen, wenn die Linksparteien die Sache lancieren (Lucardie, 1997). Da Holland jedoch immer durch Koalitionen regiert wird und meistens die PvdA zusammen mit der CDA oder der VVD regiert, wird das Referendum gewöhnlich sauber aus den Koalitionsvereinbarungen herausgehalten.

Eine spezielle Erwähnung verdient die D66, die in Holland oft das Image der eigentlichen "Referendumpartei" hat. Die "D66" wurden 1966 durch eine charismatische Gruppe von jungen Politikern gegründet, die sich von "ideologischen Parteiprogrammen" befreien wollten und die eine "grundlegende" Verfassungsänderung anstrebten: ein gewähltes Staatsoberhaupt (gegenwärtig die Königin), einen gewählten Bürgermeister (gegenwärtig durch das Staatssekretariat und die Königin ernannt) und ein 'Distrikt-System' wie in Grossbritannien, in dem die Parlamentarier als Repräsentanten eines Distriktes im Majorzsystem gewählt würden (Holland hatte immer ein Proporzsystem). Bezüglich des Referendums hielt das Parteiprogramm von 1967 nur fest (im letzten Paragraphen), dass die Wünschbarkeit eines Referendums untersucht werden solle. Während den 70er Jahren herrschte dumpfes Schweigen, obwohl die linke PPR 1974 eine Gesetzesvorschlag für die Einführung des Referendums im Parlament vorbrachte.

Im Programme von 1981 war die D66 für eine "weitere Untersuchung eines nicht bindenden Referendums" und 1985 waren sie "im Prinzip positiv" bezüglich der Einführung eines Referendums. Erst 1989 tauchte das Referendum auf der tatsächlichen Agenda der D66 auf. Und erst 1994 fiel das Wort "Initiative" zum ersten Mal. Als 1997 für kurze Zeit im Parlament die Einführung einer Volksinitiative diskutiert wurde, stimmte die D66 dagegen. Um es deutlich zu sagen, die D66 hat retrospektiv das Image der "Referendumpartei" gepflegt, um sich auf dem Politmarkt zu positionieren. Dies ist bedeut-



sam, da ein oft gehörtes Argument der Referendumsgegner in der folgenden Aussage besteht: "Wenn das Volk das Referendum möchte, warum stimmen sie dann nicht für die D66?" (In der holländischen Bevölkerung existiert eine Mehrheit fürs Referendum seit ungefähr 1970. Die letzte Meinungsumfrage (Ende 1998 durchgeführt durch die Social and Cultural Planning Agency) zeigte, dass 80% der Holländer für die Einführung des Referendums sind. Zudem ist eine Mehrheit der Wähler der grossen Parteien für das Referendum, auch jener Parteien, die dagegen sind: CDA 70%, VVD 81%, PvdA 83% und D66 86%.)

Lokale Erfahrungen seit 1990

Auf der lokalen Ebene ist demgegenüber eine kleine Welle direkter Demokratisierung seit 1990 zu beobachten. Im Gegensatz zur Landes- und Provinzebene, wo nie ein Referendum stattfand, werden gelegentlich Referenden auf lokaler Ebene abgehalten, besonders im Falle der Verschiebung von Gemeindegrenzen (die vom nationalen Parlament abgesegnet werden müssen!) – Abstimmungen die eine sehr hohe Stimmbeteiligung aufweisen. 1989 setzte die D66 unter Hans van Mierlo das Referendum wieder auf die Agenda – um den Einbezug des Bürgers in die Politik zu verbessern. Van Mierlo beklagte das sinkende Interesse der Bürger am Staat. Seine Klagen wurden von den Medien – auch auf dem Hintergrund der Ideologie vom "Ende der Geschichte", ein "Ende", das zu einem Sinken den politischen Interesse führen könnte – dankbar aufgenommen. Als die Stimmbeteiligung bei den Gemeindevahlen 1990 auf 62% fiel (von 73% im Jahre 1986), nahmen sich die Munizipalitäten die Rede Van Mierlos zu Herzen und führten oft eine Gesetzgebung ein, die den Bürgern das Recht auf ein Referendum gaben – nach einer entsprechenden Unterschriftensammlung. Von 1991 bis heute haben 56 der 537 Gemeinden solche Mitentscheidungsmöglichkeiten eingeführt. Die "Referendum Platform" hat Daten über 54 Referenden gesammelt (von 1912 an) (Referendum Platform, 2000).

Wie bereits bemerkt, verpflichtet die Niederländische Verfassung die gewählten Vertreter, unabhängig zu entscheiden. Zudem hält Van Holsteyn richtig fest: "Wenn man die Holländische Referendumsdebatte untersucht, kann man daraus schliessen, dass es immer dasselbe fundamentale Prinzip war, welches das Resultat bestimmte. Das Referendum wird als Bedrohung des Vorrangs des repräsentativen Systems gesehen. Es ist dieser Punkt, um den sich die Debatte konsistenterweise drehte" (Van Holsteyn 1996: 128). Deshalb hielt das Departement des Inneren ein Adlerauge auf die anarchistischen Umtriebe auf der Gemeindeebene.

Auf Geheiss der nationalen Ebene musste die Gemeindegesetzgebung so ausgestaltet werden, dass der Gemeinderat immer ein Vetorecht hatte. Die Referenden dürfen formal nicht bindend sein. Da es aber in der Praxis den Gemeinderäten kaum möglich ist, die Abstimmungsergebnisse zu ignorieren, wurden in den meisten Gemeinden (52) Abstimmungsquoren eingeführt. Zudem wurden eine Reihe von Entscheidungen von den Referendumsmöglichkeiten ausgenommen: Steuern, Budget, Politikerlöhne (sic) und Themen, die 'verletzliche Gruppen' (Prostituierte, Asylbewerber) betreffen, wurden vom Re-

ferendum ausgenommen. Das Departement des Inneren verpflichtete die Gemeinderäte, immer eine unspezifizierte allgemeine Ausschlussklausel ins Gemeindereglement aufzunehmen, so dass die Gemeinderäte jederzeit ein Referendum der Bürger ausschliessen können. Als 1995 die Stadt Amsterdam eine neue Referendums-Gesetzgebung annahm, erklärte sie das Departement des Inneren als ungesetzlich, weil der Amsterdamer Stadtrat nicht genügend Möglichkeiten einbebaute hätte, die Forderungen der Bürger abzuweisen.

In der Tat kommt das Ganze einem fundamentalen und konsistenten Widerstand der Eliten gegen das Prinzip der Volkssouveränität gleich. Holland ist ein aufgeklärtes Land und alle möglichen Arten von Verfahren wurden eingeführt, um die "inspraak" zu gewährleisten, die Möglichkeit für Bürger, ihre Stimme regelmässig bezüglich aller möglichen Politikbereiche zu erheben. Die endgültige Entscheidung soll aber für immer durch eine moralische Elite von Fürsten-Philosophen gefällt werden.

Missglückte Verfassungsänderung

Wie bereits bemerkt, stellen die Christdemokraten, die 1980 zum CDA fusionierten, die Fundamentalopposition zur direkten Demokratie dar. Als 1994 der CDA die Wahlen verlor, wurde fürs erste Mal seit 1917 eine Regierung ohne die Christdemokraten möglich – eine sogenannte 'violette' Koalition. Die beiden anderen logischen Koalitionspartner, die VVD und die PvdA, haben darauf gewartet, da der CDA mit den Jahren überheblich geworden war. Weil die D66 benötigt wurde, um eine Mehrheit zu haben und diese die Aufnahme des Referendums in die Koalitionsvereinbarungen verlangte, wurde eine entsprechende Forderung aufgenommen. Dabei ging es um die Variante, die der ersten Hälfte der Empfehlungen des Biesheuvel Komitees entsprach – die Volksinitiative wurde weiterhin ignoriert.

Während den folgenden Debatten vermochte die VVD die bereits sehr restriktiven Referendumsvorschläge weiter abzuschwächen, besonders was die Zahl der nötigen Unterschriften und die ausgeschlossenen Themenbereiche betraf. Nachdem die D66 300'000 Unterschriften für ein landesweites Referendum vorschlugen (bei 12.5 Millionen Stimmberechtigten), verlangte die VVD zuerst 1.25 Million Unterschriften – was eine 10 mal höhere Hürde als in der Schweiz oder in den US-



amerikanischen Staaten bedeutet hätte! Schliesslich einigte man sich auf 600'000 Unterschriften und eine Aufnahme dieser Zahl in die Verfassung, so dass diese später nicht allzu leicht gesenkt werden könnte.

Vom Referendum ausgeschlossen wurden alle Inhalte, die unter der Gesetzesebene liegen (z.B. grosse Infrastrukturprojekte, die in Holland auf Grund des knappen Bodens sehr wichtig sind) und Gesetze über das Königshaus, das Budget und internationale Verträge. Zudem wurde das von der Biesheuvel empfohlene Quorum übernommen. Ein Gesetz konnte nur durch eine Mehrheit der Abstimmenden, die zudem 30% des Elektorates ausmachen, gestoppt werden. Zur selben Zeit konnte der Geist des prinzipiellen Widerstandes gegen die direkte Demokratie jedoch auch hier entdeckt werden. Die Theokraten waren sich dessen selber bewusst. Der GPV-Parteipräsident Schutte schrieb damals, obwohl er das Referendum schrecklich finde, etabliere es wenigstens nicht die Volkssouveränität, da der Staat allein das Agenda-Setting vornehme.

Er brauchte sich jedoch keine Sorgen zu machen, da manche VVD Parlamentarier das Paket boykottierten. Während der Schlussabstimmung vom Mai 1999 im Senat (undemokratisch durch die Provinzparlamente gewählt) stimmte einer der VVD Senatoren gegen die Vorlage und brachte damit die notwendige 2/3 Mehrheit mit einer Stimme zum Kippen. Die D66 verliess wütend die Koalition und führte damit eine wirkliche Kabinettskrise herbei. Da die D66 schnell realisierte, dass sie keine Neuwahlen wollten (die Umfragen versprachen ein Desaster), wurden sie zurück in die Koalition geredet, unter anderem mit dem Versprechen, der abgelehnte Vorschlag würde wieder vors Parlament gebracht. Zudem wurde ihr versprochen, in der Zwischenzeit per Gesetz eine nicht-bindende Version des Referendums einzuführen. Dafür würde eine einfache Mehrheit im Parlament genügen.

Dieses Gesetz, das Voläufige Referendumsgesetz (TRW) – das im November 2000 debattiert werden soll – enthält weitere

Extra-Einschränkungen. Die freie Unterschriftensammlung durch die Bürger ist verboten. Die Unterschriften müssen im Gemeindehaus, während nur 9 Wochen nach der Veröffentlichung des Gesetzes abgegeben werden. Zudem soll die TRW die einzige gültige Gesetzgebung auf allen drei Ebenen werden. Alle existierenden und künftigen Gemeindereglemente werden durch die Einführung der TRW ungültig.

Aussichten für die Demokratie

Es gibt viele Gründe, wieso 100 Jahre Debatte in Holland nicht zur direkten Demokratie führten. Ein wesentlicher Grund ist zweifelsohne, dass Holland nie eine ständige, aktive Bewegung hatte, die das Ziel verfolgte, bis es erreicht war. Im Mai 2000 wurde die Referendum Platform gegründet, um die Basis für eine solche Bewegung zu legen. Das Ziel der Platform besteht darin, die Befürchtungen der Politiker zu zerstreuen, indem man einfach Referenden hier und jetzt organisiert und auf der tiefsten Ebene, der Gemeindeebene anfängt. Dies ermöglicht es uns auch, die Lokalpolitiker gegen die TRW zu gewinnen, da dieses Gesetz die existierenden lokalen Regulierungen bedroht.

Alle lokalen Parteien erhielten einen Brief von uns, in dem sie aufgefordert werden, gegen die TRW zu protestieren. Sie wurden aufgefordert, das Parlament mit e-mails zu bestürmen und direkte Demokratie in den nächsten Monaten auf lokaler Ebene einzuführen. Wir betreiben auch bei Parlamentsmitgliedern Lobbying. Zu diesem Zweck holen wir weltweit Kommentare von Experten in direkter Demokratie ein, die auf die negativen Seiten der TRW hinweisen und die wir veröffentlichen können. Als strukturelle Aktivität helfen wir lokalen Bürgerräten, die Referenden initiieren wollen. Auf diese Weise hoffen wir, auf landesweiter Ebene eine Liste von Aktivisten für künftige Aktionen zusammenzubekommen. Schliesslich war es nicht ein König, der das Parlament institutionalisierte und damit die Autokratie in eine Oligarchie verwandelte – sondern eine liberale Lobby. ■

Quellen

- Biesheuvel Commission (1985). *Relatie kiezers-beleidsvorming*. Den Haag, Staatsuitgeverij.
- van Holsteyn, J. (1996). 'The Netherlands: national debates and local experiences', p. 126-138 in: M. Gallagher & P.V. Uleri, *The Referendum Experience in Europe*. Houndsmill, Macmillan.
- Lucas, S.J. (1994). 'The Plakkaat van Verlatinge: a neglected model for the American Declaration of Independence', p.187-207 in: R. Hofte & H. Kardux (eds.) *Connecting Cultures. The Netherlands in five centuries of transatlantic exchange*. Amsterdam, VU Press.
- Lucardie, A.P.M. (1997). 'Vox populi, vox diaboli? Het debat over het referendum in de Nederlandse politieke partijen', p. 109-128 in: *Jaarboek 1997 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*. Groningen, DNPP.
- Nijeboer, A. (1999). 'Referendumsrecht spektakulär gescheitert'. *Zeitschrift für Direkte Demokratie*, 44.
- Referendum Platform (2000). Data on local referenda. <http://www.referendumplatform.nl>



Kurzinfos Umwelt

EU-Gerichtshof und Naturreinheit

Der EU-Gerichtshof hat entschieden, dass Rückstände, die durch den Anbau in der natürlichen Umwelt entstehen, nicht auf Etiketten versprochenen "Naturreinheit" widersprechen müssen. Da Rückstände von Blei, Cadmium und Pestiziden auch keine Lebensmittelzusätze sind, müssten sie auch nicht nach der Etikettierungs-Richtlinie (79/112/EWG) auf dem Marmeladenglas aufgeführt werden. Selbst wenn diese Vorgehensweise den einen oder anderen Verbraucher irreführen würde, wäre eine andere Vorgehensweise ein Hemmnis für den freien Warenverkehr und somit nicht hinnehmbar. EU-DNR-Rundschreiben, 6+7/2000, S. 8

Opposition gegen "privates Regieren"

Das Europäische Umweltbüro (EEB) zog sich aus dem EU-Normungsgremium CEN aus Protest zurück. Am 8. Juni 00 fand dann unter der Schirmherrschaft des EU-Abgeordneten Karl-Heinz Florenz (CDU) eine Anhörung zum Thema Umwelt und Normen statt. Anlässlich der Anhörung dokumentierte der EEB, wie einige Normen Umweltpolitik aushöhlen. Am Beispiel der Normen zur Verpackungsrichtlinie, zur Bauprodukterichtlinie und Heizkesseln wurde nachgewiesen, wie die Industrie in diesen Gremien die Umweltakteure ausgrenzt, Umweltaspekte ignoriert und Normen entwickelt, welche die in den Richtlinien festgelegten Anforderungen nicht respektieren und nationales Umweltrecht zu unterlaufen versuchen. EU-DNR-Rundschreiben, 6+7/2000, S. 9

Wasser-Rahmenrichtlinie: Magerer Kompromiss

Der Vermittlungsausschuss zwischen EU-Parlament und EU-Kommission zur Wasser-Rahmenrichtlinie ist nach über dreijährigen Verhandlungen zu einem Ergebnis gekommen, das keine für den Umweltschutz wichtigen Änderungen enthält. Die Delegation des EU-Parlamentes stimmte der Aufgabe des Vorsorgeansatzes zu, der noch Bestandteil der Grundwasser-Richtlinie von 1980 gewesen war. Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses wurde vom Europäischen Umweltbüro (EEB) scharf kritisiert. Der geschlossene Kompromiss sei ein Desaster für die Umwelt, peinlich für die Umweltminister, die Umweltkommissarin Margot Wallström und das EU-Parlament. Die EU habe damit ihrem Anspruch, die Umwelt zu schützen, jede Glaubwürdigkeit genommen. Die Aufgabe des Vorsorgeprinzips kritisierte das EEB als Freifahrtschein für die Agrarindustrie, die Grundwasserreserven zu vergiften. EU-DNR-Rundschreiben, 6+7/2000, S. 12

Altautorichtlinie

Der Vermittlungsausschuss EU-Parlament/EU-Rat hat in bezug auf die Altauto-Richtlinie den folgenden Kompromiss erzielt: Ab 1. Juli 2002 können die Fahrzeughalter die von diesem Zeitpunkt an in Verkehr gebrachten Fahrzeuge bei einer Verwertungsanlage abliefern, wobei der Kraftfahrzeughalter für alle Rücknahmekosten oder einen wesentlichen Teil davon aufkommt. Nicht vom Jahr 2006 an, wie es das Parla-

ment wollte, sondern vom 1. Januar 2007 an soll das auch für alle vor dem 1. Juli 2002 in Verkehr gebrachten Fahrzeuge gelten. Die Automobilindustrie kündigte an, eventuell gegen die rückwirkende Regelung zu klagen, da damit bei rund 160 Millionen zugelassenen Fahrzeugen in der EU ein enormer Finanzierungsbedarf für die Verschrottung auf die Automobilindustrie zukommt. Haupteffekt der neuen gesetzlichen Regelung ist es, die Hersteller dazu zu bewegen, schneller als bisher durch konstruktive Veränderungen wiederverwertungs-freundliche Fahrzeuge zu bauen. Allein in der EU werden bis zu zehn Millionen Fahrzeuge pro Jahr stillgelegt. Das Abfallaufkommen beträgt jährlich rund neun Millionen Tonnen, mit steigender Tendenz. Der Ministerrat setzte sich beim weitgehenden Verbot von Schwermetallen gegenüber dem EU-Parlament durch: das Parlament wollte der Industrie eine Übergangszeit bis 2012 einräumen, während der Rat als Frist das Jahr 2003 durchsetzte. EUMagazin, 7+8/2000, S. 30.

Bussgeld

Der EU-Gerichtshof verhängt auf Antrag der EU-Kommission erstmals ein Bussgeld wegen fortgesetzten Verstosses gegen Gemeinschaftsrecht. Griechenland muss täglich 20'000 Euro zahlen, bis es einem früheren Urteil über die Beseitigung einer wilden Mülldeponie auf Kreta nachkommt. EUMagazin, 9/2000, S. 47.

Union der Verschmutzer

Bis Ende 2000 soll das Sechste Umweltaktionsprogramm der EU in Kraft treten. Alle bisherigen Programme haben jedoch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten befürchten, dass sich die Umweltprobleme wegen des Wirtschaftswachstums noch verschärfen werden. Die EU gehört zu den Hauptverschmutzern der Erde. Die Situation der EU-Umwelt hat sich in den letzten 15 Jahren in vielen Bereichen sogar verschlechtert. Das belegen die Wissenschaftler der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen in ihrem ersten Bericht über Umweltindikatoren mit dem Titel "Umweltsignale 2000". Von einer Integration des Umweltschutzes in andere Politikbereiche sei die EU weit entfernt. Besonders die Bereiche Verkehr, Energie und Landwirtschaft würden vor allem in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Grossbritannien immer stärker zur Umweltver-



schmutzung beitragen. Eine Umkehrung dieses Trends sei nicht in Sicht. EUMagazin, 9/2000, S. 20.

Trockener Informationsfluss

Aus einem Bericht der EU-Kommission über die Umsetzung der Abfallgesetzgebung im Zeitraum 1995-1997 geht hervor, dass kein Bericht der Mitgliedstaaten pünktlich einging und dass Griechenland, Spanien und Italien keinen der angeforderten Berichte übermittelten. Portugal stellt keinen Informationen zu Abfällen, gefährlichen Abfällen und Altöl zur Verfügung. Die Niederlande legten keinen Bericht zum Klärschlamm vor (Stand Mai 1999). EUR-OP, 1/2000, S. 5

Kritik des Europarats an Bio-Patent-Richtlinie der EU

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats in Strassburg hat die fünfzehn Staaten der EU aufgefordert, die Bio-Patent-Richtlinie aus dem Jahr 1998 nicht in Kraft zu setzen, sondern neu darüber zu verhandeln. Da diese Richtlinie noch nicht in jedem Mitgliedstaat in die nationale Gesetzgebung übernommen worden sei, solle die Chance zu einer Neuberatung unter stärkerer Einbeziehung der Öffentlichkeit genutzt werden. Die Richtlinie verbietet zwar grundsätzlich die Patentierung von menschlichen Genen, erlaubt jedoch die

Erteilung von Patenten, wenn die Gene dem menschlichen Körper entnommen worden sind. Da dies widersprüchlich ist und zu Rechtsunsicherheit führt, verlangt der Europarat ein eindeutiges Verbot der Patentierung menschlicher Gene.

Nach Ansicht des liberalen französischen Berichterstatter Mattei kommt die EU-Richtlinie mit ihren widersprüchlichen Bestimmungen zum Schutz des menschlichen Körpers den Forderungen der grossen Pharmakonzerne sehr weit entgegen. Durch den Ausdruck "biologisches Material" habe sie zudem einen ganz neuen Umgang mit Lebewesen etabliert. Durch den Begriff würden lebende Wesen in einer nicht zu akzeptierenden Weise mit technischen Produkten gleichgesetzt. NZZ. 3.7.00, S. 2

Neue EU-Wasserrichtlinien

Nach einem Vermittlungsverfahren zwischen dem EU-Parlament und dem Ministerrat hat sich die EU auf eine Rahmenrichtlinie für Wasserpolitik geeinigt. Bestehende Vorschriften sollen zusammengefasst und zum nachhaltigen Schutz der Oberflächen- und Küstengewässer sowie des Grundwassers ergänzt werden. Erfasst werden auch grenzüberschreitende Flussgebietseinheiten und es wird ein supranationales Vorgehen festgelegt, das die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit untereinander zwingt. NZZ. 1./2. Juli 2000, S. 9

Kurzinfos Wirtschaft und Soziales

Kritisierte Exportrisikogarantie

Die Erklärung von Bern (EvB) hat die Rolle der Exportrisikogarantie (ERG) des Bundes angeprangert. Die EvB kritisiert insbesondere, dass die Schweiz zusammen mit den staatlichen Exportförderungsagenturen Deutschlands, Japans und den USA Druck auf die indonesische Regierung ausgeübt habe, um möglicherweise korrupte Verträge aus der Suharto-Zeit anzuerkennen. Im Fall der Schweiz gehe es vor allem um Kraftwerksverträge des ABB-Konzerns aus den 90er Jahren. Die Haltung der Schweiz widerspreche den offiziellen Zielen der guten Regierungsführung und der Korruptionsbekämpfung.

Bundesrat Couchepin wird aufgefordert, Indonesien bei der gerichtlichen Überprüfung zweifelhafter Verträge aus der Suharto-Zeit zu unterstützen und keinen Druck auf die Regierung zur Anerkennung dieser Verträge mehr auszuüben. Wie die EvB weiter mitteilte, fordern über 300 Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus 45 Ländern in einem gemeinsamen Aufruf Reformen von Exportrisiko-Agenturen. Solche Institutionen seien heute zur wichtigsten öffentlichen Quelle internationaler Finanzflüsse geworden, ohne dass die meisten

von ihnen – darunter namentlich jene der Schweiz – über verbindliche soziale und ökologische Richtlinien verfügten. In der Erklärung fordern die NGO verbindliche Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsrichtlinien, den öffentlichen Zugang zu Projektinformationen und die Konsultation betroffener Bevölkerungsgruppen. NZZ. 23./25. 6.00 S. 21

EU erleichtert Dual-Use-Exporte

Der EU-Ministerrat hat drei Entscheide getroffen, die den Export von sowohl militärisch als auch zivil verwendbaren Gütern (dual-use goods) erleichtern. Die EU legte eine Gemeinschaftsregelung für die Ausfuhrkontrolle von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck fest. Bisher beruhten derartige Kontrollen im Wesentlichen auf einer gemeinsamen Produktliste und der gegenseitigen Anerkennung nationaler Exportlizenzen. Künftig soll der legale Handel mit diesen Produkten erleichtert werden. Die Kontrollen sollen sich auf "sensitive" Güter konzentrieren.

Neu ist insbesondere, dass für die meisten dieser Güter eine "Allgemeine Ausfuhrgenehmigung der Gemeinschaft" eingeführt wird – mit Ausnahme einiger besonders heikler Kategorien. Diese harmonisierte Gemeinschaftslicenz gilt in der gesamten EU für Ausfuhren nach zehn "befreundeten" Ländern. Bei den zehn Staaten handelt es sich um Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Polen, die Schweiz, die Tschechische Republik, Ungarn und die USA. Der Handel innerhalb der EU wird für manche Güter ganz liberalisiert; für andere, darunter der für die zum Knacken von Verschlüsselungscodes nötigen Technologien bleiben genehmigungspflichtig. Hinter der Erleichterung stehen wirtschaftliche In-



teressen: das vergleichsweise liberale Exportregime begünstigt Hersteller in der EU gegenüber ihren Konkurrenten in den USA, die einem strengeren Regime unterworfen sind. NZZ. 24./25. 6. 00 S. 23

Gesetzlos

Die EU-Kommission hat die "rechtzeitige" Einführung des Euro im Jahr 1999 durchgeboxt. Jetzt droht sie allerdings Opfer ihres eigenen Tempos zu werden, denn als Gesetzgeber kann die EU nicht rasch genug folgen. So entwickeln sich die Finanzmärkte weitgehend frei von gemeinschaftlicher Regulierung oft unter Umgehung von nationalen, nicht mehr greifenden Bestimmungen. EUMagazin, 9/2000, S. 4

EU-Mittelmeerländer

Anlässlich der Präsentation einer Bilanz des von 1996 bis 2000 laufenden Mittelmeerprogramms Meda fiel die Kritik der EU-Abgeordneten an der Durchführung des Programms vernichtend aus. Es bestehe ein krasses Missverhältnis zwischen der alle Priorität geniessenden Osterweiterung und dem Prozess von Barcelona, bei dem in den letzten Jahren kaum Fortschritte erzielt worden seien. Bezeichnend auch die Feststellung, dass die EU-Kommission bei Beibehaltung der derzeitigen Durchführungsrate noch acht Jahr brauche, um den Zahlungsrückstand aufzuarbeiten. Nur ein Drittel der bewilligten Gelder wurden gesprochen.

Anfangs November 00 findet in Marseille die nächste Konferenz im Rahmen der EU-Mittelmeer-"Kooperation" statt. Dabei stellt sich der EU ein lästiges Problem: Nachdem Libyen der EU half, Geiseln aus den Philippinen zu befreien, können sie das bisher geächtete Land nur schwer länger vom Konferenztisch fernhalten. Um den Unwillen der US-Amerikaner nicht heraufzubeschwören, haben die Aussenminister der EU an ihrem jüngsten Treffen das Thema erst mal ausgeklammert. NZZ.6.9.00, S. 5

Labours Schwenker auf Pro-Euro-Beitritt

Die Labour-Regierung hat es bisher vermieden, den Beitritt Grossbritanniens zur Euro-Zone ins Zentrum der nationalen politischen Debatte zu rücken. New Labour scheint jetzt aller-

dings die Strategie ändern zu wollen – mit folgenden "Argumenten": (1) Vorteile für Reisende, denen das Geldwechsellern erspart bleibt, (2) Vorteile für Konsumenten durch grössere Preistransparenz, verschärften Wettbewerb und mögliche Preissenkungen. (3) die Hälfte des britischen Aussenhandels, der sich innerhalb der Euro-Zone abspielt, wird vom Wechselkursrisiko befreit, (4) Grossbritannien würde von der Mitgliedschaft in einer "Zone der makro-ökonomischen Stabilität" von der Grössenordnung der Vereinigten Staaten profitieren. NZZ, 31.8.00, S. 3

Brüssel fordert weitere Arbeitsmarkt-Deregulierung

Die jüngste Ausgabe des alljährlichen "Beschäftigungspaketes", das die EU-Kommission Anfangs September 00 angenommen hat, hält die Reformen auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten "noch immer für ungenügend". Die auf den Weg gebrachten Stukturreformen hätten die Anpassungsfähigkeit dieser Märkte gesteigert, doch die Regierungen müssten mehr tun. Dabei wird der schwache Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr von der EU durch die vorgenommene Liberalisierung erklärt! Die Arbeitsmarktlage sieht im Augenblick wie folgt aus: Die Arbeitslosenquote ist zwischen Juli 1999 und Juli 2000 von 9.1% auf 8.3% gesunken. Damit ist sie rund doppelt so hoch wie in den USA mit 4.0% und Japan mit 4.6%. Zudem stellen Langzeitarbeitslose noch immer fast die Hälfte aller Menschen ohne Job. Geschlechtsspezifische sowie regionale Unterschiede bestehen fort. Während die Arbeitslosenquote in Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Irland und Dänemark unter 5% liegt, verharren Finnland, Frankreich, Griechenland und Spanien bei Grössenordnungen von knapp 10% oder mehr – mit Spitzenreiter Spanien (14.2%). NZZ. 7.9.00, S. 23.

Heftige Kritik an EU-Asylpolitik

In einer vom Uno-Flüchtlingshilfswert (UNHCR) in Auftrag gegebenen und am 7. Juli 00 in Genf veröffentlichten Studie wird die Asylpolitik der EU scharf kritisiert. Infolge der andauernden Verschärfung der Asylpolitik und der Einreisebestimmungen hätten politisch Verfolgte praktisch gar keine andere Möglichkeit mehr, als die Hilfe von Schlepperbanden in Anspruch zu nehmen, um in ein EU-Land einreisen zu können. Mit den immer restriktiveren Einreisebestimmung und den Kontrollen an den Grenzen werde zudem das Recht auf Asyl ausgehöhlt. Die EU trage wesentlich zur Ausweitung des Menschenhandels und des Menschenschmuggels bei.

Der EU wird in dem UNHCR-Bericht vorgeworfen, das Asylrecht immer mehr den Interessen der Realpolitik zu opfern. Die immer systematischere Abschottung der Grenzen und die Inkraftsetzung praktisch unerfüllbarer Vorschriften für die Beschaffung einer Einreiseerlaubnis für politisch Verfolgte liessen Zweifel daran aufkommen, ob die EU Flüchtlinge überhaupt noch aufnehmen wolle. Unter der finnischen Präsidentschaft habe die EU in Tampere das Recht auf Asyl zwar grundsätzlich bekräftigt, in der Realität sei es für einen politisch Verfolgten inzwischen aber praktisch unmöglich, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen. NZZ. 8./9. 7.00, S.5



Liberalisierung des EU-Bahnverkehrs

Das EU-Parlament beharrt auf einer schrittweisen Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in der EU bis zum Jahr 2010. Die Mitgliedsländer sollen verpflichtet werden, ihre Schienennetze für Bahnunternehmen aus allen EU-Staaten zu öffnen. Dies soll für den Güterverkehr uneingeschränkt gelten, für den Personenverkehr aber nur auf grenzüberschreitenden Strecken. Vorschläge des Ministerrats, Irland, Grossbritannien und Griechenland auf Grund ihrer geographischen Lage Ausnahmeregelungen einzuräumen, lehnte die Strassburger Versammlung ab. NZZ. 6.Juli 00, S. 23.

EU-Urteil gegen die Frauenförderung in Schweden

In Schweden werden 11% der Professuren von Frauen besetzt (6.6% in der Schweiz). Diese vergleichsweise starke Position haben die schwedischen Wissenschaftlerinnen teilweise einer aktiven Förderungspolitik bei der Besetzung freier Stellen zu verdanken. Gemäss schwedischem Recht können Frauen nämlich nicht nur gegenüber männlichen Konkurrenten mit gleicher Eignung bevorzugt werden, sondern

es ist auch erlaubt, eine Kandidatin anstatt eines besser qualifizierten Mannes einzustellen, solange die Frau über "ausreichende" Fähigkeiten für die Arbeit verfügt. Diese Praxis wurde nun vom EU-Gerichtshof verboten. Eine Bevorzugung sei nur zwischen zwei Bewerbern mit gleicher Qualifikation zulässig, hielt das Gericht fest. Der sozialdemokratische Ausbildungsminister und die Gleichstellungsministerin bedauerten das Urteil. Frauen seien in ihrer Karriere durch eine strukturelle Diskriminierung behindert. Die Konsequenzen des Urteils dürften recht einschneidend sein. NZZ. 8./9. 7. 00, S. 23

Liberalisierung der letzten Meile

Die EU-Kommission will die Liberalisierung der "letzten Meile" der Telekommunikationsnetze forcieren. Ein ganzes Paket von Vorschlägen zur Vereinfachung und Modernisierung des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation enthält unter anderem einen Vorschlag für eine Verordnung zur Liberalisierung des Feinverteilsnetzes. Die Kommission hofft, dass die Verordnung bereits per Ende Jahr in Kraft gesetzt werden kann. NZZ. 12.7.00, S. 21.

Frieden und Unfrieden

Pro und Kontra humanitärer Interventionen

Im Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) führt der internationale Generalsekretär, der in Senegal geborene Pierre Sané, Argumente für und wieder humanitäre Interventionen an. Als eines der grössten Probleme bei bewaffneten Interventionen erachtet der Autor die oft undurchsichtigen Motive und die häufig offensichtliche Doppelmoral der beteiligten Regierungen. Wieso waren dieselben Nato-Staaten, welche Belgrad bombardierten, beim Beginn des Zerfalls von Jugoslawien bereit gewesen, Milosevic als Partner zu akzeptieren, obwohl sie von der eskalierenden Menschenrechts-Krise im Kosovo wussten?

Zu den offensichtlichsten Beispielen von Doppelmoral zählt Sané das Eingreifen des Auslands in Osttimor bei gleichzeitiger Passivität gegenüber den verheerenden Entwicklungen in Tschetschenien. Angeführt wird auch, dass Israel im Gegensatz zu arabischen Staaten, wie dem Irak und Libyen, nicht in die Pflicht genommen werde, obwohl es Beschlüssen des Uno-Sicherheitsrates zuwiderhandle. Fraglich findet der AI-Generalsekretär zudem, dass die westlichen Regierungen auch bei Flüchtlingsbewegungen zweierlei Massstäbe anlegten. So seien aus Kosovo fliehende Personen auf weit mehr internationale Unterstützung gestossen als solche, die den Krisengebieten in West- und Zentralafrika zu entkommen versuchten.

AI spricht sich im Bericht weder für noch gegen humanitäre Interventionen aus, unterstützt aber den von Uno-Generalsekretär Kofi Annan aufgestellten Kriterienkatalog: Ausmass der Verstösse, Fähigkeit von innerstaatlichen Stellen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Ausschöpfung von friedlichen Mitteln und möglichst geringe und verhältnismässige Anwendung von Gewalt. AI fügt an, als erstes sei immer zu fragen, womit den Opfern am besten gedient sei. Komme es zu

Interventionen, so mangle es oft an Konsequenz während des Eingreifens und am fehlenden Willen, genügend Ressourcen für die Phase danach bereitzustellen. Als Beispiel von erfolglosen Missionen, in deren Folge sich die Menschenrechtslage nicht wesentlich verbessert habe, nennt AI Kosovo, Angola und Somalia. Bei solchen Interventionen könne es auch vorkommen, dass die Menschenrechts-Standards von den Eingreifenden nicht eingehalten würden. Deshalb fordert die Organisation ein mit internationalen Menschenrechts-Standards in Einklang stehendes Regelwerk, welches beim Einsatz von Friedenstruppen angewendet würde. NZZ. 22.6.00, S. 5

Kurden weiterhin keine kulturelle Eigenständigkeit

Die EU machte im Dezember 1999 konkrete Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abhängig von kulturellen Rechten für die Kurden, Meinungsfreiheit sowie die Abschaffung

Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt.

NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

EU-Rundschreiben: EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, D-53177 Bonn.

EU-Magazin: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.



der Todesstrafe. Diese als Kopenhagener Kriterien bekannten Forderungen liessen in Kreisen türkischer Demokraten die Hoffnung aufkeimen, dass Ankara nun von der EU zu einem wirklichen Demokratisierungsprozess gezwungen werde.

Seither ist ein Bericht des mächtigen, von den Generälen dominierten Nationalen Sicherheitsrates in die Presse durchgesickert. Darin werden die EU-Forderungen als subjektiv, übertrieben und für die Türkei ungeeignet bezeichnet. Den Kurden, heisst es, könne kein Minderheitenstatus eingeräumt werden, weil der Lausanner Vertrag aus dem Jahr 1923 die Kurden nicht als Minderheit definiere. Ferner könne Kurdisch als

Unterrichtssprache oder in Radio- und Fernsehsendern nicht zugelassen werden, denn dies drohte die Einheit der Nation zu zerstören.

Damit machte sich der Nationale Sicherheitsrat faktisch die alte, kemalistische Staatsräson zu eigen. Der politische Frühling, der nach der Einstellung der Kämpfe im Südosten sich bemerkbar gemacht hatte, droht damit einem abrupten Ende entgegenzugehen. Seit Mitte Juni werden landesweit Mitglieder der einzigen legalen prokurdischen Partei, Hadep, unter fadenscheinigen Gründen festgenommen. Eine Zeitung wurde verboten, weil sie zwei kurdische Wörter in einem Titel aufgenommen hatte. NZZ. 28.6.00, S. 3

Demokratie

WTO-Reformen

Die jüngsten Vorschläge für WTO-Reformen zeigen, in welchem Ausmass das bisherige Entscheidungsverfahren völlig unhaltbar ist. Die Vorschläge streben vor allem mehr Transparenz im Konsultationsprozess an. Dieser läuft schon seit den Tagen des Gatt in ad hoc einberufenen kleinen Sonderausschüssen ab, da im Plenum mit mehr als 130 Mitgliedsländern keine rasche Einigung möglich ist. Weil vor allem in Seattle wichtigen Entwicklungsländern eine Teilnahme an diesen Ausschüssen vorenthalten blieb, oder schlimmer noch, die Einsetzung der Ausschüsse de facto geheim gehalten wurde, drängt sich nun eine verbesserte interne Informationspolitik auf. Ausschusssitzungen sollen künftig im Vorherin angekündigt werden. Interessierten WTO-Mitgliedern soll die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Meinung darin vorzutragen und das Resultat dieser Beratungen soll möglichst rasch im Plenum publik gemacht werden. Ausserdem soll verhindert werden, dass ein Land wider seinen Willen von einem anderen oder von einer regionalen Staatengemeinschaft im Ausschuss vertreten wird. NZZ. 19.7.00, S. 19.

Verheugens "Faux-Pas"

Der deutsche SPD-EU-Kommissar Verheugen schlug Anfangs September 2000 bezüglich der Osterweiterung der EU eine Volksabstimmung in Deutschland vor. In einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" hatte er unmissverständlich erklärt, über Verträge, die den Charakter eines Staates verändern, sollte es Volksentscheide geben. Verheugen meinte wörtlich: "Meine These ist ja auch, dass man speziell in Deutschland den Fehler nicht wiederholen darf, der beim Euro gemacht wurde. Der wurde ja geradezu hinter dem Rücken der Bevölkerung eingeführt. Ich war damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen, aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben. Nun, bei der EU-Erweiterung dürfen wir nicht wieder über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Über Verträge, die den Charakter des Staates verändern, etwa durch Abgabe von Souveränität, sollte es Volksentscheide geben. Gewiss, solche Referenden bergen Risiken. Dennoch bin ich dafür. Denn sie zwingen die Eliten, sich auch zu Hause mit der Europapolitik auseinander zu setzen und auf die Sorgen der Bevölkerung einzugehen. Und das ist bisher ja nicht

der Fall. Allerdings ist ein solches Referendum derzeit in Deutschland nicht möglich. Dazu müsste die Verfassung geändert werden."

Durch die deutsche Classe politique ging ein eigentlicher Aufschrei der Entrüstung. Namentlich Fischer wandte sich während Tagen vehement gegen Verheugens Vorschlag, obwohl der Aussenminister im Mai in seiner Berliner Rede zur Zukunft der EU noch deren mangelnde Akzeptanz als Folge fehlender Mitsprachemöglichkeiten der Bürger in der Union beklagt hatte. Er machte gegen ein Referendum den Vorwand geltend, eine bundesweite Volksabstimmung erfordere eine Verfassungsänderung. Dies sei schon aus historischen Gründen inakzeptabel. Fischer fürchtet, ein Referendum könnte die EU-Integration verlangsamen.

Das von Fischer an anderer Stelle geforderte "Europa der Bürger" soll also möglichst ohne deren direkte Beteiligung zustande kommen. Weitere Vertreter der Grünen und der SPD erklärten, prinzipiell seien sie zwar durchaus für Volksbefragungen, nur nicht bei einer so brisanten Materie wie der EU-Erweiterung. NZZ. 6.9.00. S. 3 (Das Material eines grossen Teils der entsprechenden Diskussion findet sich im Gratisarchiv der Süddeutschen Zeitung unter <http://www.szarchiv.de/>)

GV des Forums für direkte Demokratie

Datum:	Mittwoch, 18. Oktober 2000
Ort:	Hotel Emmental, Tannwaldstrasse 34, 4600 Olten (Südausgang Bahnhof, dann nach rechts, 2 Minuten Fussweg)
Zeit:	19 Uhr 00
Taktanden:	Jahresbericht, Jahresrechnung, Vorstandswahlen, Varia, Militärgesetz (Stellungnahme und Aktivitäten des Forums)

Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung mehr.

Sitzung des Vorstands

Vorgängig zur Mitgliederversammlung trifft sich der Vorstand des Forums für direkte Demokratie um 17 Uhr 15 im Hotel Emmental in der Gaststube. Die Vorstandssitzung ist öffentlich.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer WESTeuropäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

gegen die 2/3-Gesellschaft

GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION



- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (4 x jährlich 30.– Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.– (30.– für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Postfach, 8048 Zürich (Telefon (0041) 031-7312914; Fax: 031 7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN

Postfach

8048 Zürich

Tel. 031 - 731 29 14

Fax: 031 - 731 29 13



<http://www.crossnet.ch/europa-magazin/>



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen, französische Übersetzung
Christian Jungen

Lektorat:

Annette Jungen, Maro Schnyder, Seraina Seyffer, Gérard Devanthery

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,
8048 Zürich, Tel. 031 - 731 29 14

Fax: 031 - 731 29 13

<http://www.crossnet.ch/europa-magazin/>

E-Mail: europa-magazin@crossnet.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

Auflage: 3 000

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Jahrgang 8, Nr. 30, September 2000

Abonnement: Fr. 30.–, DM 40.–

Redaktionsschluss: 30. Oktober 2000

CH-8048 Zürich

PP Journal

AZB 8048 Zürich